

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis vierteljährlich: 1,10 M., monatlich 30 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer und Multiplikatoren: Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eintragungen in die Post-Liste: Preussische Postverwaltung für Deutschland und Österreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen ober deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Anzeigen und Beschlüsse 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (jetztgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 27. April 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## An die Arbeiter aller Länder!

Der internationale Sozialismus hat den 1. Mai erwählt, um jedes Jahr, in allen Ländern, wo das Proletariat das Bewußtsein seiner Klasseninteressen besitzt, eine Demonstration zu veranstalten, deren deutlichste, taftkräftigste Form die Arbeitsschloß ist.

Diese Demonstration richtet an den Kapitalismus eine stetig wiederkehrende Mahnung; die Arbeiter bekunden ihm ihren unerschütterlichen Willen, die Bahn bis zu ihrer völligen Befreiung zu durchschreiten, ohne sich durch blutige Kriege zwischen den Völkern vom Wege abdrängen zu lassen.

Alein die Einheitslichkeit dieses Vormarsches, dessen Triumph nur durch den Zusammenbruch der Proletarier aller Länder möglich ist, gibt der Arbeiterklasse die Kraft, der ganzen Welt Freiheit und Frieden zu bringen.

Die organisierten Arbeiter aller Länder wissen, daß es eine der wesentlichsten Bedingungen für ihre Befreiung ist, durch die gewerkschaftliche Aktion und durch die Gesetzgebung die Verkürzung der Arbeitszeit, die Festsetzung einer Maximalarbeitsdauer von acht Stunden zu erreichen.

Zur Verwirklichung dieser Grundreform können sie mit vollem Rechte nicht nur allein auf ihre eigenen Kräfte rechnen, sondern auch auf die revolutionären Folgen der internationalen Ausdehnung des Kapitalismus.

Mehr und mehr drängt die wachsende Ausdehnung der Großindustrie auf diese notwendige und mögliche Beschränkung der Arbeitszeit hin, indem sie die Arbeiter zu Massen vereinigt, ihre Arbeitsanforderung aufs höchste spannt und die Produktionsbedingungen vereinheitlicht.

Mehr und mehr muß man anerkennen, daß der Achtstundentag unerlässlich notwendig wird, um die normale Wiederherstellung der Arbeitskraft zu ermöglichen, um die Massenentartung aufzuhalten, um die Teilnahme der Proletariermassen an dem moralischen und intellektuellen Leben der Menschheit herbeizuführen.

Und gegen die egoistischen Mächte, die sich noch dieser teilweisen Erlösung — der Vorbedingung für die gänzliche Befreiung — der Opfer des kapitalistischen Ausbeutertums widersetzen, mobilisiert der Sozialismus in allen Ländern stetig an Zahl und Streikraft zunehmende Heerescharen.

In Rußland erscheint das Proletariat als der entscheidende Faktor und die erhabenste Hoffnung der Revolution. In Österreich, in Ungarn, in verschiedenen Bundesstaaten Deutschlands ist das allgemeine Wahlrecht im Vormarsch. In Frankreich schöpft der vereinigte Sozialismus neuen Kampfesmut aus der brüderlichen Vereinigung der Freiheitkämpfer. Die sozialistischen Organisationen der Vereinigten Staaten bereiten sich zur Einigung vor. Die Labour Party Großbritanniens ist auf dem Wege zum Sozialismus.

Überall wanken die alten Gewalten. Überall vereinigen sich die Arbeiter gegen jene, die sie beherrschen und ausbeuten. Überall ist sich die Arbeiterklasse der Notwendigkeit klar bewußt, die internationalen Solidaritätsbeziehungen in taftkräftigem Handeln für ihre Ziele, durch alle anwendbaren Mittel auszudrücken, um den Frieden zwischen den Völkern zu bewahren und die feierlichen Verschwörungen der kapitalistischen Regierungen zu vereiteln.

Der 1. Mai 1906 symbolisiert ein ruhmvolles Jahr, fruchtbar an Resultaten und noch fruchtbarer an Hoffnungsblüten, die es sprächen ließ.

Indem die Arbeitermassen an den bevorstehenden Demonstrationen teilnehmen, geben sie ihren Willen kund, daß diese Hoffnungen zu Wirklichkeiten werden.

Ruhet am 1. Mai!  
 Manifestiert am 1. Mai!  
 Ehre der Arbeit!!

Das Internationale Sozialistische Bureau.  
 Das Exekutivkomitee (Belgien).

## Dreiklassenwahlrecht und 1. Mai.

Am Zeichen der Wahlrechtsforderung wird diesmal für das Proletariat Norddeutschlands, vor allem für die Arbeiterchaft Preußens und Sachsens der 1. Mai stehen. Ohne daß die übrigen großen Postulate der Reipolform dadurch verdunkelt würden, wird doch der Ruf nach dem gleichen Landtagswahlrecht derjenige sein, der diesmal den lautesten Widerhall wecken wird in der Brust der Entrechteten, der durch das elendeste aller Wahlsysteme unterdrückt, zu heftigen Entwürdigungen. Brennender denn je lastet heute auf der Seele des Proletars die Schmach dieses Schandwahlrechts, da die Herrschenden in dem Militärangebot des 21. Januar, in den Justizaktionen gegen das Wahlrechtsflugblatt, in der preussischen „Wahlreform“ und in ihrer Verhandlung im Dreiklassenparlament ebenso viele höhrende Herausforderungen der Arbeiterchaft ins Gesicht geschleudert haben. Das waren Verleumdungen, die nicht vergessen werden können, die ihren Stachel zurücklassen, die das Denken und Wollen immer wieder zurückführen zur Forderung des gleichen Rechtes im Staate, die immer wieder daran erinnern, daß die Arbeiterchaft im Staate nach dem Willen der Herrschenden ausgeschlossen sein soll von jeglichem Anteil an der Gestaltung ihrer Geschicke. So wird der 1. Mai in ganz natürlichem,

notwendigem Prozesse zum Wahlrechtstage, zur Wahlrechtsdemonstration. Wird er für uns, was er dem Proletariat Österreichs seit langem gewesen, die Kundgebung des festen Willens der Arbeiterchaft, das gleiche Wahlrecht im Staate zu erobern. Erweitert und bereichert wird der Inhalt der Maidemonstration, ein neues Ziel erschließt neue Quellen der Begeisterung und des einigenden Wollens. Die Arbeitsschloß, die nach allen Zeichen mehr als je zuvor die Reifezeit 1906 zur imposanten Willenskundgebung werden lassen wird, sie ist nicht zum letzten der Ausdruck der Millionenforderung: **Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht!**

Und mehr als eine preussische, mehr selbst als eine deutsche Frage ist die Wahlrechtsfrage in Preußen. Sie ist von europäischer, sie ist von Weltbedeutung. Vände spricht die unendlich beschämende Tatsache, daß, wie der russische Ministerpräsident dieser Tage dem Petersburger Korrespondenten der „Wostokischen Zeitung“ erklärt hat, die verfassungsrechtliche Rückständigkeit Preußens den russischen Reaktionären als Argument gegen die Forderungen der russischen Revolutionäre und Demokraten dient, daß Rußlands Reaktionäre Preußen preisen als Hort der Reaktion, daß die Vormacht Deutschlands heute in der Welt gilt als das sicherste Bollwerk gegen die Demokratie, daß Preußens Junker, daß Preußens Herren als die Vorkämpfer, die Preisrichter der europäischen Reaktion gefeiert werden. Nachdem die Revolution dem russischen Bären die Krallen gestutzt hat, ist der Adler der preussischen Junker das Wappentier der europäischen Völkerverdrängung geworden. Die Freiheit Europas wird in Preußen entschieden; hier ist der Kopf der Schlange, die das Glück und die Wohlfahrt der Völker umringelt! Nicht nur für uns, für die Arbeiter aller Länder, für die Brüder aller Jungen kämpfen wir, wenn wir das Zwangs-Ur der Junker stürmen!

Die Brandmarkung des elendesten aller Wahlsysteme, die Enthüllung all seiner grenzenlosen Niederträchtigkeiten, all seiner blöden Unsinnsigkeiten, all seiner schreienden Ungerechtigkeiten ist im Verlauf des Wahlrechtsfeldzuges schon in so erschöpfendem Maße geschehen, daß Neues auf diesem Gebiete nicht mehr zu sagen ist. Nur schärfer herausarbeiten, nur wichtiger darstellen lassen sich die einzelnen Tatsachen, die die Begründung des Verdammungsurteils bilden, das die Kulturwelt über dieses Schandwahlrecht gefällt hat. Und gerade recht zum Wahlrechtsmaitag kommt deshalb eine Schrift, die sich diese Aufgabe gestellt hat, die an der Hand amtlichen Zahlenmaterials die frechen Ungerechtigkeiten dieser Karikatur eines Wahlrechts im einzelnen bloßlegt. Im Auftrage des Parteivorstandes hat das Genosse Paul Hirsch in seiner Broschüre „Unter dem elendesten aller Wahlsysteme“ unternommen, die dieser Tage im Verlage der Buchhandlung Vorwärts herausgekommen ist. Sie macht dem Wechselbalg auf Grund der amtlichen Wahlstatistik den Prozeß. In den Wahlsiffern von 85 Landtagswahlkreisen, in denen die Sozialdemokratie in nennenswertem Maße zur Wahl geschritten ist, wird die empörende, ungeheuerliche Ungerechtigkeit des Wahlrechts demonstriert, die für die Masse, für die arbeitende Bevölkerung die absolute Wahlentrechtung bedeutet. Die abgrundtiefe Niederträchtigkeit des Systems tritt in diesen Zahlen in aufzeigender Deutlichkeit vor's Auge. Indem Genosse Hirsch die Zahlen der Reichstagswahlen und der Landtagswahlen zum Vergleich stellt, deut er in seiner ganzen Größe den schändlichen Wahlrechtsraub auf, den das Wahlsystem der Junkerschaft bedeutet, läßt er im greiflichen Lichte die fast ungläubliche Entrechtung der Arbeiterchaft hervortreten, die empörende Verhöhnung des Volkswillens, die dieses System darstellt. Das Buch ist die moralische Vernichtung des Dreiklassenwahlrechts.

Im allgemeinen Teile saßt Hirsch noch einmal die bekannten Abscheulichkeiten dieses Geldsackwahlrechts knapp und wichtig zusammen.

Eine Tabelle zeigt die geradezu wahnwitzig anmutende Ungleichheit der Wahlkreise. Berlin III hat, um ein Beispiel aus vielen herauszugreifen, mehr als zehnmal soviel Einwohner (374 475) denn Hohenzollern mit 33 300, die Zahl seiner Urwähler (89 797) übersteigt die der Einwohner Hohenzollerns fast um das Dreifache, die Zahl seiner Urwähler verhält sich zu der der Urwähler Hohenzollerns (6491), wie etwa 14 zu 1. Ein Wähler der Landschaft Hohenzollern hat 14mal so großen Einfluß auf die Zusammenziehung des preussischen Parlaments, wie ein Wähler Nordberlins!

Folgende Tabellen zeigen die schreiende Entrechtung der proletarischen Wähler:

Urwählerstimmen brachten im Jahre 1903 in ganz Preußen auf:

	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	Zusammen	In Proz.
Konservative	33 629	69 509	221 019	324 157	19,89
Freikonservative	5 036	10 781	32 178	47 995	2,87
Nationalliberale	25 882	60 792	169 446	256 120	15,83
Freisinnige Vereinigung	1 665	3 952	11 118	16 735	1,00
Freisinnige Volkspartei	8 593	21 409	43 243	73 245	4,38
Zentrum	23 827	64 780	178 861	267 468	16,07
Sozialdemokraten	782	12 888	800 984	814 149	18,79

(Die übrigen Parteigruppen sind der Uebersichtlichkeit halber fortgelassen.)

\*) Unter dem elendesten aller Wahlsysteme. Materialien zur Verteilung der politischen Rechtslosigkeit der Arbeiterklasse in Preußen. Unter Benutzung amtlicher Quellen bearbeitet von Paul Hirsch, Berlin 1906. Buchhandlung Vorwärts. Preis 1,50 M.

Wie sich unter gleichem Wahlrecht bei Berechnung der Mandate nach den Urwählerstimmen die Sitze im Abgeordnetenhaus verteilen würden und wie das Geldsacksystem die Wahlen fälscht, das illustrieren die folgenden Zahlen:

	Es haben Abgeordnete	Es müßten haben Abgeordnete
Konservative	143	84
Freikonservative	60	12
Nationalliberale	79	66
Freisinnige Vereinigung	8	4
Freisinnige Volkspartei	25	19
Zentrum	97	65
Polen	14	47
Dänen	7	55
Sonstige Parteien	0	81
Sozialdemokraten	0	81

Ganz genau ist die Tabelle natürlich nicht, da bei einer Anzahl von Wahlmännern oder Urwählern sich die politische Parteistellung nicht konstatieren ließ; aber das geht doch zur Genüge daraus hervor, daß die konservativen Parteien, die Nationalliberalen und das Zentrum sich auf Kosten der Sozialdemokraten und der Polen gemaltig bereichert haben.

Die Darstellung gipfelt in der Gegenüberstellung der aufreizenden Tatsache, daß bei den Landtagswahlen von 1903 24 157 konservative Urwähler, 19,89 Prozent aller Wählenden, mittels ihrer Wahlmänner 143 von 433 Abgeordneten wählten, während fast ebensoviele, nämlich 314 149 sozialdemokratische Urwähler oder 18,79 Prozent der Wählenden, nicht einen einzigen Abgeordneten durchzusetzen vermochten!!

Der zweite spezielle Teil stellt die Zahlen der Reichstagswahlen und der Landtagswahlen für 85 Landtagswahlkreise einander gegenüber. Wir greifen aus den uns einzeln gehenden Zusammenstellungen für Groß-Berlin folgende Angaben heraus:

Berlin.

Bei der Reichstagswahl wurden in ganz Berlin abgegeben 326 780 gültige Stimmen, davon waren 218 288 sozialdemokratische Stimmen oder 66,8 Proz., 55 782 oder 17,1 Proz. für die freisinnige Volkspartei, 40 683 oder 12,4 Proz. konservative Stimmen, 6783 oder 2,1 Proz. für das Zentrum, 1819 oder 0,5 Proz. für die Polen, 3210 oder 1 Proz. für die Antisemiten, 335 oder 0,1 Proz. zerplittert.

Bei der Landtagswahl wählten sozialdemokratisch in der I. Abteilung 222, in der II. 5010, in der III. 116 918, zusammen 122 150 Urwähler, freisinnig in der I. Abteilung 3508, in der II. Abteilung 9085, in der III. Abteilung 8140, zusammen 20 733 Urwähler.

Konservativ in der I. Abteilung 412, in der II. Abteilung 1846, in der III. Abteilung 4866, zusammen 7114 Urwähler.

Es wählten demnach von den Wählenden 68,3 Proz. sozialdemokratisch, 11,59 Proz. freisinnig, 3,98 Proz. konservativ.

Und das Ergebnis? Es lautet folgendermaßen: Die Stimmen der 122 150 sozialdemokratischen Urwähler (68,3 Proz. der Gesamtheit) sind gleich Null, 20 733 freisinnige Wähler dagegen (11,59 Proz. der Gesamtheit) entsenden neun Abgeordnete in den Landtag.

Am tollsten tritt die Unsinnsigkeit des Dreiklassenwahlsystems im Wahlkreis Berlin III (Norden) zu tage. Dort stimmten sozialdemokratisch 53 538 Urwähler, für alle übrigen Parteien 20 451. Dennoch entfielen auf die Sozialdemokratie 1100 Wahlmänner, auf die Gegner aber 1506! Die Sozialdemokratie brachte etwa 2/3 mal soviel Stimmen auf wie die Gegner und erhielt trotzdem nicht einen Abgeordneten!

Niederbarnim, Oberbarnim.

Niederbarnim und Oberbarnim bilden je einen Reichstagswahlkreis. Niederbarnim ist im Reichstagswahlkreis sozialdemokratisch vertreten, in Oberbarnim siegte in der Stichwahl der Reichsparteiler über den Sozialdemokraten. Für den Landtag wählen beide Kreise zusammen, mit Ausnahme eines kleinen Bezirkes von Niederbarnim, der zu Berlin gehört, drei Abgeordnete. Alle drei sind konservativ.

Bei der Reichstagswahl betrug die Zahl der eingeschriebenen Wähler in Niederbarnim 85 731, in Oberbarnim 21 778. An der Wahl beteiligten sich in Niederbarnim 64 295 = 75 Proz., in Oberbarnim 17 003 = 78,1 Proz. Gültige Stimmen wurden abgegeben in Niederbarnim 63 980, in Oberbarnim 16 947.

Bei der Reichstagswahl entfielen gültige Stimmen auf:

	Niederbarnim	Oberbarnim
die Sozialdemokratie	38 384 (60,0 Proz.)	7 202 (42,5)
die Frei. Volkspartei	4 040 (6,3)	2 904 (17,1)
die Konservativen	20 415 (31,9)	—
die Reichspartei	—	6 829 (40,8)
das Zentrum	853 (1,3)	—
die Polen	290 (0,4)	—
Zerplittert	48 (0,1)	12 (0,1)

Bei der Landtagswahl wählten von den Urwählern sozialdemokratisch in Niederbarnim 13 721, in Oberbarnim 589, zusammen 14 310, das sind 48,8 Proz., konservativ 5627 und 2465, zusammen 8092, das sind 27,6 Proz., liberal 1289 und 893, zusammen 2182, das sind 7,4 Proz. Der Wahlkreis zählt 1418 Wahlmänner,

stimmt haben 1865, darunter 719 konservativ, 327 sozialdemokratisch, 316 liberal.

Das Ergebnis war:

14 810 sozialdemokratische Urwähler oder 48,8 Proz. der Gesamtheit haben keinen Vertreter, 8092 konservative Urwähler oder 27,6 Proz. der Gesamtheit entsenden drei konservative Vertreter in den Landtag.

**Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.**

Der Landtagswahlkreis fällt im wesentlichen mit dem Reichstagswahlkreis zusammen. Der Kreis ist im Reichstags sozialdemokratisch, im Landtage konservativ vertreten.

Bei der Reichstagswahl siegte der sozialdemokratische Kandidat mit 73 854 über 59 050 gegnerische Stimmen. Abgegebene gültige Stimmen: 132 904.

Sterben entfielen auf:

Sozialdemokratie	73 854	= 55,6 Proz.
Konservative	36 703	= 27,6
Nationalliberale	7 628	= 5,8
Freisinnige Volkspartei	11 711	= 8,8
Zentrum	2 013	= 1,5
Polen	815	= 0,6
Zersplittert	185	= 0,1

Bei der Landtagswahl wählten sozialdemokratisch 33 380 Urwähler gleich 50 Proz., konservativ 15 485 gleich 23,2 Proz., liberal 4679 gleich 7,01 Proz. Das Ergebnis war:

33 380 sozialdemokratische Urwähler (50 Proz. der Gesamtheit) wählen weniger Wahlmänner als 4679 liberale Urwähler (7,01 Proz. der Gesamtheit) und als 15 485 konservative Urwähler (23,2 Proz. der Gesamtheit). Bei den Wahlen der Abgeordneten gelten nur die konservativen Stimmen, die sozialdemokratischen sind gleich Null. Nur mit Hilfe der liberalen Wahlmänner wäre es den Sozialdemokraten möglich gewesen, die beiden konservativen Abgeordneten zu verdrängen.

Als eine ungeheuerliche, in geschlicher Form sich vollziehende Wahlfälschung erweist sich das Dreiklassenystem. Wir wiederholen: Die Schrift ist die moralische Verurteilung des Systems. Die moralische! Aber das ist nicht die politische! Was kümmert die Regierung, was kümmert die Junter die Brandmarkung des Systems, was schießt es sie, daß es vor aller Welt an den Pranger gestellt und mit eisernen Beinen gestüpft worden ist. Was kümmert es die Herren Preussens, daß der Anblick dieser Früchte des Systems dem selbstbewußten Arbeiter das Blut des Hohns und der Erbitterung ins Gesicht treiben muß! Was kümmert sie das, so lange sie die Macht haben und so lange sie in diesem verrotten Wahlssystem eins der Mittel erblicken, sie zu bewahren. Gerade die Verrottung des Systems ist's ja, was es ihnen wert macht, was ihm den Gebrauchswert in den Augen der Konservativen gibt, unbekümmert darum, daß auf dem politischen Weltmarkt sein Tauschwert längst unter Null gesunken ist!

Und wenn in aller Welt der Fortschritt auf dem Wege ist, und wenn in Osteuropa, Asien, die politische Gleichberechtigung des Arbeiters im Werden ist, die Herren Preussens, die Junter und die Bourgeois vermissen sich, innerhalb der schwarzweißen Grenzpfähle den Stillstand zu erzwingen und die Arbeiter auf der Stufe von Heloten zu erhalten. Die Weltgeschichte soll für Preußen nicht vorhanden sein!

Aber die Mächtigen können nicht hindern, daß der preussische Arbeiter sieht, was in Oesterreich, was in Rußland geschieht. Sie können nicht hindern, daß glühende Erbitterung in ihm aufgärt, wenn er beobachtet, wie in den Nachbarländern die Herrschenden die Entwicklung, die die Arbeiterschaft nach oben führt, anerkennen, während in Preußen als oberste Staatsweisheit proklamiert wird, die Arbeiter als Rechtlose zu halten, der Masse „den Zügel anzulegen“. Sie können nicht hindern, daß diese Erbitterung sich umsetzt in den festen Entschluß, nicht eher zu rasten und zu ruhen, bis die Schmach des Dreiklassenrechts getilgt ist! Und sie können nicht hindern mit all ihren Kanonen und Flinten, mit all ihren Säbeln und Bajonetten, daß am 1. Mai der Arbeiter mit gekreuzten Armen demonstriert für das gleiche Wahlrecht im Staat, wie er demonstriert für den Achtstundentag und den Völkerfrieden.

Die Wahlrechtsfrage ist eine Machtfrage! Die Maidemonstration ist diesmal in Preußen vor allem auch eine Herrschau über die Macht, die das Proletariat gegen die Herrschenden in die Wagschale zu werfen hat. Sie wird als ein Glied eingefügt in die Kette der Wahlrechtsdemonstrationen der preussischen Arbeiterschaft! Sie ist ein Treffen im Kampfe ums gleiche Wahlrecht! Arbeiter Preussens, sorgt, daß der Ausgang eurer Klasse würdig ist! Wirkt und werbet dafür, daß die dritte Wahlrechtsdemonstration imponant und gewaltig wird!

Zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, schmähliches Joch stumm zu tragen, daß ihr entschlossen seid, nicht hinter der Arbeiterschaft anderer Länder zurückzubleiben, daß ihr in der Zeit der Wahlreformen in Oesterreich die Fortdauer des Dreiklassenrechts, dieser Verneinung des Staatsbürgerrechts der Nichtbesitzenden, nicht ertragen wollt!

Die Arbeitsruhe ist die würdigste Form der Majestät! Die Arbeitsruhe ist die wirksamste Form der Wahlrechtsdemonstration!

Nieder mit dem dreiklassigen Schandwahlssystem!

**Politische Uebersicht.**

Berlin, den 26. April.

**Das Trinkgeld für die Kerle.**

Der Reichstag hatte heute die Antwort zu geben auf die große Inzulte, die ihm die verbündeten Regierungen mit ihrer Diätenvorlage angetan hatten. Seit Jahrzehnten hatte die Mehrheit des Reichstags Diäten gefordert, und jahrzehntelang hatte die Regierung diese Forderungen scheinbar dem Papierkorb überlassen. Und nun endlich die Regierung nachzugeben schien, applizierte sie der Volksvertretung eine Vorlage, die, so wiederlich sie im übrigen zusammengestoppelt sein mag, doch darin eine bewundernswürdige, geradezu märkische Feindseligkeit bewies, daß sie aus den Diätenbestimmungen der verschiedensten Staaten just die reaktionärsten Bestimmungen herausfischte, um sie zu dem famosen Elaborat zusammenzuschüttern, das man dem Reichstag als Diätenvorlage präsentierte.

Der Grundzug dieser Vorlage ist nicht nur unreaktionär, sondern er trägt noch obendrein jenes spezifisch preussisch-reaktionäre Gepräge, das kürzlich selbst der Jarentreuer Witte den infernalischen Witz entlockt haben soll. Preußen-Deutschland habe deshalb vom Rasenpump nichts wissen wollen, weil ihm die zarischen Verfassungsläne zu liberal seien! Vereinfacht doch die Diätenvorlage mit den brutalsten Anhebungsabsichten, die aus der Abänderung des Artikels 28 sprachen, die jämmerlichsten bürokratischen Schikanierungen der Volksvertreter

durch die unglaublichen Bestimmungen über die Anwesenheitskontrolle und die Strafzüge. Wenn also auch die rücksichtliche Mehrheit des Hauses mit der reaktionären Tendenz der Vorlage ganz einverstanden sein mußte, so hätte doch auch sie den überflüssigen Schimpf an der Volksvertretung als eine auch ihr zugefügte Schmach empfinden müssen.

Aber freilich, die Herren von der Rechten und dem Zentrum fühlten sich gar nicht als Vertreter der Volk's, sondern als treue Komplexen jener Handlanger der Desjenden Klassen, die man Regierung nennt, während sie in den eigentlichen Erwählten des Volkes verhasste Gegner erblickten, mit denen sie nicht die leiseste Solidarität verbindet. Für alle Kränkungen, die der Volksvertretung als solcher zugefügt werden, besigt man daher die Unempfindlichkeit eines Dichtäters.

Wie von rechts und links — hier zur Belämpfung, dort zur Verteidigung der Vorlage — hervorgehoben wurde, ist diese nicht etwa ein konstitutionelles Zugeständnis an die Volksvertretung, sondern nur ein Mittel zur Belämpfung jener Katastrophen, die sich aus dem schwachen Versuch der Reichstagsitzungen ergeben. Man irrt aber, wenn man annimmt, daß man dieser Katastrophe in erster Linie durch Hebung der Präsenz des Reichstags begegnen wollte. Nämlich man das an, so könnte man in der Tat nicht den Widerspruch zwischen den beiden Teilen der Vorlage verstehen, deren einer die Beschlußfähigkeit herabsetzen will, während der zweite die Präsenz verhärtet soll. Rein, der Regierung und mit ihr der reaktionären Mehrheit des Hauses kommt es nur auf ein glattes und bequemes Funktionieren der Gesetzgebungsmaschinerie an, d. h. auf möglichst schnelle Abfertigung der Opposition, der man jetzt die Notwehr gegen geschäftsordnungsmäßige Strangulation durch Abänderung des Artikels 28 der Verfassung bereiten will. Das ist des Pudels Kern; die Diätenverbrämung ist nur Lockmittel und Preis des reaktionären Handreichs!

Um den Hohn vollzumachen, hat man den Diäten obendrein eine Form gegeben, die, wie Singer treffend sagte, für Menschen von moralischem Reifeitsgefühl eine Verleugung gleichkommt. Im Grunde sind schon Anwesenheitsgelder an Stelle der Diäten ein schlechtes Surrogat. Sie bedingen ein mehr oder minder unwürdiges Kontrollsystem. Diese Kontrolle sollte in einem politisch reifen Lande füglich den Wählern überlassen werden. Anwesenheitsgelder gar in der von der Vorlage empfohlenen Form sind eine Prämie für das stupide Erstgen der Diäten, eine Strafe für eine vernünftige Ausübung des parlamentarischen Mandats, speziell für die pflichtgetreue Arbeit in den Kommissionen.

Trotz alledem waren es nur die Sozialdemokraten und die Freisinnigen, die diese Ausgeburt brutaler Reaktion und bürokratischer Geschäftigkeit entschieden zurückwiesen. Konservativ, Zentrum, Nationalliberale und Antifemiten übten wohl an Einzelheiten eine zahlne Kritik, erklärten sich aber mit den Grundabsichten der Vorlage völlig einverstanden!

Die wichtigsten und schärfsten Schläge führte Genosse Singer gegen die paragrafisierte Reichstagsbeschimpfung. Seine Rede war knapp, wohlponiert und stragte von goldenen Rücksichtslosigkeiten, die gleichwohl in eine so gekleidete parlamentarische Form gekleidet waren, daß der Präsident keine Gelegenheit zu einem Ordnungsrufe fand. Der sozialdemokratische Redner bezeichnete die Vorlage als eine peinlichste Ueberraschung für weiteste Kreise, als einen Schlag ins Gesicht, eine Verhöhnung der Volksvertretung. Reaktionäre Vergewaltigung paare sich mit bürokratischer Kabschichtpolitik. Absicht und Wirkung der Vorlage sei die Behrlosmachung der Opposition, man wolle künftig die dringend gebotene Gründlichkeit der Beratungen verhindern. Durch die Annahme einer derartigen Vorlage stelle sich der deutsche Reichstag außerhalb der Parlamente der Kulturstaaten. Es zeuge von einem traurigen Mut der Regierung, das Anhebungsprojekt mit der Diätengewährung zu verknüpfen, diese als Preis der Anhebung der Opposition anzubieten. Er halte es bis zum Beweise des Gegenteils für ausgeschlossen, daß der Reichstag auf diesen erniedrigenden Schacher eingehe und sich damit zum willfährigen Diener der Regierung mache. Die schändlichen Bestimmungen über die Anwesenheitsgelder stellen eine Behandlung dar, die sich anständige Menschen nicht gefallen lassen könnten.

Nachdem der konservative Freiherr v. Richthofen sich im wesentlichen für die Vorlage ausgesprochen, versuchte Graf Posadowsky Singers Kritik zu entkräften. Die von Singer am meisten perhorreszierten, als unwürdig bezeichneten Bestimmungen über die Kontrolle und die Strafzüge seien der Verfassung republikanischer Staaten, nämlich der Schweiz und Nordamerika entlehnt. Selbst die ängstliche Bute habe doch früher der Forderung von Anwesenheitsgeldern zugestimmt, sie dürfe sich deshalb jetzt auch nicht über die praktischen Konsequenzen dieses Entschädigungssystems beklagen. Die Absicht der Regierung sei, auf alle Zeiten die Beschlußfähigkeit des Hauses zu sichern. Diese Absicht sei nur durch die vorgeschlagenen Mittel zu erreichen, die verbündeten Regierungen würden deshalb unter keinen Umständen von diesen Grundlagen des Gesetzentwurfes abgehen. Im übrigen werde durch die bisherige schwache Reichstagspräsenz, die nun durch die Entschädigungsgelder behoben werden solle, am meisten Süddeutschland benachteiligt. Und doch sei der Reichstag in seiner Totalität eine der wichtigsten Institutionen für die deutsche Einheit und Einheit.

Diese Streifenlänge galten vornehmlich dem Zentrum. Aber es hätte ihrer kaum bedurft. Das Zentrum fühlte sich längst so sehr als vornehmster Bestandteil preussisch-deutscher Reaktion, daß es mit gleichem Stolz und dem Elephanten der Minoritätsvergewaltigung wie die Stachmüden der Kontrolle- und Strafgelehrerwirtschaft zu verschlucken bereit sein wird. Wie minimal sein Unbehagen ist, bewies die Rede des Abg. Spahn, die eigentlich keine Rede, sondern eine nonchalante Plauderei war. Der Zentrumsredner hatte dies und das auszusprechen, aber viel eifriger polemisierte er gegen die angeblichen Uebertreibungen Singers. Kurz: der andere hört aus allem nur das Ja!

Bürgerlich wohl temperiert, aber immerhin eine klare Absage an diese Vorlagen war die Erklärung des Redners der Freisinnigen Volkspartei, des Abg. Träger. Der alte Herr fand dabei manches frische und witzige Wort. So meinte er, der Erfinder der famosen Berechnungen der Strafzüge habe seine Kalkulationen wohl im Fiebertwahn gemacht. Und der Bemerkung Posadowsky's, die Absurditäten der Kontrolle seien dem republikanischen Vorbilde der Hanseodemokratie abgequod, begegnete er mit der Bemerkung, daß ihm nach dieser ihm ganz neuen Tatsache nun freilich die Bewunderung gewisser Kreise für Amerika nicht mehr rätselhaft sei! — In ähnlichem Sinne sprach sich auch Herr Schrader, der Vertreter der freisinnigen Vereinigung, aus.

Herr Arndt hatte für die Vorlage natürlich eitel Anerkennung. Die Sozialdemokratie begehe geradezu ein Verbrechen an der Nation und an der Arbeiterschaft, der nun erst wirklich eine Teilnahme am Parlament ermöglicht werde, wenn sie die Vorlage ablehne. Dies Verbrechen werde ihr noch schwerer angelastet werden. Der alte ehrsüchtige Arndt! Wenn es wahr wäre, welchen Vorwurf enthielte dann diese Tatsache gegen die Regierung und die am Arndt, die mit der Diätenforderung niemals Ernst gemacht hatten! Und wie rechtfertigt Herr Arndt seine Gegnerschaft gegen eine Wahlrechts-

reform in Preußen, wo es zwar Diäten gibt, aber infolge des schmachvollen Dreiklassenwahlsystems für die Arbeiter gleichwohl keine Möglichkeit, in diesem Junterparlament vertreten zu sein?!

Die Reden der übrigen Abgeordneten waren belanglos. Bemerkenswert ist höchstens, daß die antisemitische Krämerangst um das Diätenreingeld es sogar zuzwege brachte, daß der Abg. Diebermann eine Rede halten konnte, in der nicht das kümmerlichste Späßchen vorkam!

Die Vorlage wurde schließlich einer Kommission überwiesen. Dort wird man vielleicht einige der sinnfälligsten und anstößigsten Absurditäten ausmerzen — aber auf eine gründliche Umgestaltung ist verzweifelt wenig Hoffnung. Die reaktionäre Mehrheit wird nur allzuwillig für das schädliche Reingeld neue Volksrechte verschauern! Sie wird damit Posadowsky's doppelsehniges Wort rechtfertigen, daß diese Vorlage des Reichstags durchaus würdig sei!

**Deutsches Reich.**

**Die Freisinnige Volkspartei und die Flottenpolitik.**

Wie weit die Freisinnige Volkspartei bereits in ihrer Stellungnahme zur Flotten- und Kolonialpolitik der Regierung gelangt ist, zeigt eine Rede, die dieser Tage der Abgeordnete Müller-Weinigen in Thoman (Thüringen) über das Verhalten seiner Partei zu den offiziellen Flotten- und Steuerplänen gehalten hat. Nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ sagte er:

„Bei den Kolonialfragen stellte er sich auf den „nüchternen kaufmännischen Standpunkt“, mit gegebenem, von der demokratischen Linken unverschuldeten Zuständen müsse man rechnen und daraus die Konsequenzen ziehen. Dies und die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des Systems habe zur Bewilligung des selbstständigen Kolonialamts geführt; auch bezüglich der Afrisabahn sei der rein kaufmännische Standpunkt der richtige. Bezüglich der Flottenbewilligung handele es sich nach der Bewilligung der Deplacemenserhöhung, der Vermehrung der Torpedoboote, Unterseeboote usw. lediglich um den Modus der Bewilligung des verhältnismäßig geringen Restes, d. h. der sechs Auslandsschiffe, nicht um die Frage der Bewilligung selbst. Hätte die Regierung für die Jahre 1906/08 jährlich die ersten Raten für je zwei Auslandsschiffe verlangt, so hätte sie weit klüger gehandelt, ihre sechs Schiffe rascher erhalten und die gesamten bürgerlichen Parteien hinter sich gehabt.“

Die Verurteilung auf den „nüchternen kaufmännischen Standpunkt“ dient nur zur Verschleiierung der Tatsache, daß der Freisinn seine frühere Opposition völlig aufgegeben hat und bereit ist, das, was die Regierung für die Ausführung ihrer Flotten- und Steuerpläne fordert, zu bewilligen, wenn auch — um nach außen den Schein der „nüchternen kaufmännischen“ Prüfung aufrecht zu erhalten — erst nach einigem Sträuben um kleinere nebenwählige Änderungen am „Modus der Bewilligung“. Die Aufrechterhaltung des freisinnig-volksparteilichen Hausseins als einer besonderen Partei läßt laun noch einen Zweck, nachdem einer der Unterchiede nach dem anderen fällt, die bisher Freisinn und Nationalliberalismus trennten. —

Das Breslauer Blutbad soll gesühnt werden — an den Verlegten und an der sozialdemokratischen Presse! Wie die „Volkswacht“ mittels der Breslauer Polizei seit einigen Tagen nachfragen darüber an, in welchem Umfange von Sühnebedürfnissen verbunden wurden. Ferner haben eine große Anzahl Personen, unter anderem auch Redakteure der „Volkswacht“, Vorstellungen zur Vernehmung erhalten. Die am meisten an der Sache interessierte Polizei führt nämlich selbst die Untersuchung — das geht so zu unserer herzlichsten Rechtspflege!

Nach der Behauptung eines freisinnigen Blattes soll der Schuttmann, der dem süchtenden Biewald die Hand abhakete, nicht die Nummer 145 tragen, wie der „Vredl. Gen.-Anz.“ behauptete. Das wird jedoch von keiner Seite bestritten, daß dem B. die Hand auf der Flucht, im Hausflur oben auf der Treppe zu seiner Wohnung von hinten abgeschlagen worden ist.

Diverse Scharfmacherblätter, u. a. das unabhängige Tagesblatt für nationale Politik des Herrn Dr. Lange, die „Deutsche Zeitung“, sind in Baitkämpfe verfallen über unsere und anderer Parteiblätter Kritik an den Taten der Breslauer Polizei und rufen nach dem Staatsanwalt. Das letztere Blatt bringt einen Leitartikel: „Wird der Breslauer Polizeipräsident oder der Minister des Innern Strafandrohung stellen?“ Wir haben nichts dagegen, daß sich jene Presseorgane eigenhändig der Welt als schädliche Denunziantenorgane vorstellen. —

**Gewissenszwang.**

Die „Germania“ treibt neuerdings den Sport, mindestens an jedem zweiten Tage über „Gewissenszwang“ zu klagen, der angeblich den Katholiken angetan wird. Allerdings ist das meist eine tönende Art von Gewissenszwang. So z. B. nennt sie die Belämpfung der Schulverpflistung einen Gewissenszwang; man wolle die katholischen Eltern hindern, ihre Kinder in eine katholische Schule zu schicken. Was sie unter „Gewissensfreiheit“ versteht, zeigt folgender Fall:

Wie sie mittelst, ist im Dezember v. J. ein katholischer Lehrer in Koblenz von seinem Amt beurlaubt worden, weil er angeblich in einer Schrift „Das Weltall“ eine materialistische Weltanschauung vertreten habe. Jetzt soll nun dieser Lehrer nach Weiden a. d. Ruhr versetzt sein, und zwar an die katholische Volksschule. Darob schlägt die „Germania“ Lärm. Es sei ein unerhörter Gewissenszwang, daß die Kinder der Katholiken in den Unterricht eines ungläubigen Lehrers gezwungen werden sollen. (Daß die Kinder ungläubiger Dissidenten sogar in den Religionsunterricht gläubiger Lehrer gezwungen werden, findet das fromme Blatt natürlich nicht anstößig.) Dann aber fährt sie schmunzelnd fort:

„Der katholische Schulvorstand hat, wie wir hören, bei der Regierung bereits Verwahrung eingelegt, ebenso die sämtlichen katholischen Stadtverordneten. Dieselben haben auch angeführt, daß der Herr schon nach einer Wohnung hier in u. d. e. eine solche aber wohl nicht finden werde. Wir glauben die Erwartung auszusprechen zu dürfen, daß auch unsere protestantischen Mitbürger dieses Wort wahr machen werden, wie solches jeder Katholik im gleichen Falle ihnen gegenüber unbedingt tun würde.“

Woll der Mann etwas geschrieben hat, was den Pfaffen nicht gefällt (er selbst bestreitet übrigens, eine materialistische Weltanschauung vertreten zu haben), darum soll er obdachlos bleiben. Und solch brutalen Terrorismus, der des anderen Meinungsfreiheit mit roher Gewalt zu unterdrücken trachtet, hat die Freiheit, sich als „Schutz der Gewissensfreiheit“ auszugeben! —

Zur Nachwahl in Darmstadt hatten wir schon gestern unter den letzten Doppelten berichtet, daß Genosse Verthold mit dem national-liberalen Kandidaten Dr. Stein in Stichwahl gekommen ist.

Unsere Gegner jubeln natürlich: war doch 1903 der Kreis gleich im ersten Wahlgange mit 14 144 Stimmen genommen worden. Es versteht sich von selbst, daß den Reden der Sozialdemokratie bei ihren Glossierungen allerlei Albernheiten unterlaufen. So z. B. der „Deutsche Tageszeitung“, wenn sie widerwärtig meint, die Abnahme der sozialdemokratischen Stimmen dürste daher kommen, daß manche „Genossen“ mit der Maßregelung (!?) Examer's nicht ganz einverstanden sind“. Der der „Staatsbürger-



# Aus Industrie und Handel.

**Ausführung der Segelschiffahrt.** Man sollte annehmen, die Segelschiffahrt im Frachtenverkehr habe nicht viel mehr zu bedeuten. Das ist aber doch nicht ganz richtig. Im Gegenteil, zurzeit werden Segler von riesigen Dimensionen gebaut. In der Hauptstadt ist die Bauartfertigkeit der Segler bereinigt durch die Abhängigkeit vom Wind. Die Firma H. C. Rickmers hat nun einen Segler auslaufen lassen, der allgemein Aufmerksamkeit erregt. Die Firma hat in der modernen Segelschiffahrt, technisch wie wirtschaftlich, die Wege gewiesen. Sie besitzt auch die größten und besten modernen Segler. Bisher war ihre „Preußen“ das größte Segelschiff. Mit 5400 Tonnen übertrifft aber der neue „Hansa“ „A. C. Rickmers“ seine Vorgänger nicht unbedeutend. Die Neuerung bei dieser Barke besteht darin, daß sie außer sehr erheblicher Segelfläche auch zwei Dreifachexpansionsmaschinen mit Gesamtleistung von 125 u. HP. zu ihrer Fortbewegung besitzt. Das ist ja keine sehr bedeutende Propellerkraft, sie dürfte aber ausreichen, um bei geringer Windstärke oder in äquatorialer Windstillezone dem Fahrzeug immerhin eine Minimalgeschwindigkeit von 6-7 Knoten zu sichern. Erst durch eine solche Verbindung dürften die großen Segler zur vollen wirtschaftlichen Ausnutzung der billigen Windkraft gelangen.

Die Anordnung von Segelschiffen mit Hilfsdampfmaschinen ist übrigens schon sehr alt. Kapitän Roth hat auf seiner ersten Nordpolreise ein solches Schiff verwendet. Die Mißerfolge früherer Zeiten sind ausschließlich zurückzuführen auf den Umstand, daß der Kohlengehalt der betreffenden Schiffe an sich viel zu klein war. Denn von diesem geringen Kohlengehalt dann noch für Maschine, Kessel und Kesselräume ein erheblicher Teil in Anspruch genommen wird, so ist natürlich der Reingehalt der Hilfsdampfmaschine durch die Beeinträchtigung des Raumes mehr als ausgeglichen.

Im gegenwärtigen Augenblick, wo die Segelschiffe riesige Dimensionen annehmen, ist die Wiederaufnahme der alten Idee, Segel und Dampf zu kombinieren, durchaus ernsthaft ins Auge zu fassen. Es handelt sich bei den Hilfsdampfmaschinen lediglich darum, das betreffende Schiff über eine Stille wegzubringen. Daraus erklärt sich auch die geringe Pferdekraft, welche angewandt wird. Nach Überwindung absoluter Widerstände werden die Schrauben aus dem Wasser gehoben, um keinen Widerstand zu bieten, und es ist erfahrungsgemäß festgestellt, daß sowohl die großen Rickmers-Segler, wie diejenigen der Firma Laeisz in Hamburg oder die Schiffe des Norddeutschen Lloyd (Wiermaser) Segelreisen erzielen, deren durchschnittliche Geschwindigkeit denen der sogenannten Trampdampfer weit überlegen ist.

**Ein Schlag gegen die reinen Werke.** Die Kommission des Kohlenhandels hat, wie die „N. N. Ztg.“ meldet, beschlossen, für das 3. Quartal den exportierenden Eisenwerken die Ausführvergütung zu entziehen. Durch diese Maßnahme werden in der Hauptsache die reinen Werke betroffen, die gemischten Betriebe haben gegen die Entziehung der Vergütung nichts einzuwenden.

**Ausgang des Tabakbaues.** Im Großherzogtum Hessen betrug nach Anweis der Steuerlisten die letzte Tabakernte nur noch 16 465 Zentner, während die Produktion sich vor 30 Jahren auf circa 30 000 Zentner stellte.

**Wirkung der Vandalensteuer.** Die „Tabakwelt“ stellt an der Hand der beschlossenen Vandalensteuer einige Berechnungen über die Belastung auf, die ergeben, daß die Folgen der Steuer entweder Betrag der Käufer oder Hinaussetzung der Detailpreise sind. Wir machen folgende Zusammenstellung. Es kosten pro 1000 Stück:

Meinverkauf	heutiger Engrospreis	Vandalensteuer u. Spesen	mithin beträgt der Preis für die Ware
10	6,50	1,33	5,17 M.
15	10	2,00	8,00 "
20	14	3,33	10,67 "
25	17	5,33	11,67 "
30	20	8,00	12,00 "
40	25	13,33	11,67 "

Wären die Preisfälle vielleicht auch etwas gesucht zusammengestellt sein, das lassen sie unschwer erkennen: Die Detailpreise werden sich verschieben und zwar wohl in der Weise, daß den Konsumenten die Steuer vollständig aufgeladen wird.

**18 Proz. Dividende auszuschütten,** bringt der Aufsichtsrat der Vereinigten Rottweiler Pulverfabriken in Vorschlag.

**Umsatz schweizer Konsumvereine.** Die Zentralstelle schweizer Konsumvereine, der 204 Verbändevereine und 25 Nichtverbändevereine angehörend, hat im Jahre 1905 einen Wareneingang im Betrage von 9 382 809,95 Fr., dem ein Ausgang von 9 400 868,71 Fr. gegenübersteht. Im vorigen Jahre belief sich der Umsatz auf 7 673 288 Fr. Die Verwaltung glaubt im laufenden Jahre den Umsatz bis auf über 10 Millionen Frank heben zu können.

**Frank Treber.** Sechs Aktionäre der Leipziger Bank hatten gegen den Aufsichtsrat der Bank Klage erhoben, diesen solidarisch haltbar zu erklären, den durch die Kreditgewährung an die Trebergesellschaft entstandenen Schaden zu ersetzen. Das Oberlandesgericht in Dresden hatte auf Abweisung der Klage erkannt; diesem Urteil ist nun das Reichsgericht gefolgt.

**Warnung vor russischen Werten.** Oesterreichische Nationalbanknoten veröffentlichen einen Aufruf, in dem unter Darlegung der russischen Finanz- und Wirtschaftslage vor einer Beteiligung an der Subskription auf die russische Anleihe gewarnt wird.

**Keine 100 Prozent Dividende.** Der Aufsichtsrat der Kachen-Münchener Feuerversicherungs- und Rückversicherungs-Gesellschaft hat die für 1905 zu zahlende Dividende auf 100 Prozent festgelegt. Da die Gesellschaft durch die Katastrophe in San Francisco circa 5 000 000 Dollar Entschädigungen zu zahlen haben wird, soll die Dividende reduziert werden.

**Vielfach überzeichnet.** Wie aus Paris berichtet wird, soll die russische Anleihe 50 bis 100 mal überzeichnet worden sein. Dann wird die nächste Anleihe wohl nicht lange auf sich warten lassen.

**Einem Betriebsgewinn von 36 640 000 Dollar** erzielte der amerikanische Stahltrust für das 1. Vierteljahr 1906. Für die korrespondierende Zeit der drei vorausgehenden Jahre belief sich der Gewinn auf 28 025 898 resp. 13 208 886 resp. 25 068 707 Dollar. 10 1/2 Millionen Dollar sollen zu Neuwerbungen Verwendung finden, 7 Millionen Dollar werden durch Zinsen und für Tilgung anfinanziert und nochmals 3 Millionen Dollar verschwinden in einem sogenannten Instandhaltungsfonds.

## Aus der Frauenbewegung.

**Lichtenberg.** In der außerordentlichen Generalversammlung des hiesigen Bildungsvereins für Frauen und Mädchen, welche am Montag, den 23. d. M., stattfand, hielt Herr Düssel einen Vortrag über „Arbeiterrecht“. Unter Vereinsangelegenheiten beschloß die Versammlung einstimmig den Ausschluß der Frau Fisher aus dem Verein. Nachdem die Vorkläger auf die Vorträge des Herrn Maurer über „Deutsche Geschichte“ hingewiesen, wurde die Versammlung geschlossen. Die nächste Versammlung findet am Montag, den 21. Mai statt. Es sei nochmals daran erinnert, daß die Versammlungen regelmäßig jeden dritten Montag im Monat stattfinden; Einladungen zu denselben werden nicht mehr versendet.

**Zu der Vertikation des Herrn Dr. jur. Popert** bemerkt die Verfasserin des betreffenden Artikels: 1. Ich habe in dem Artikel nicht geschrieben, daß Dr. P. gesagt hat, Studentenscherze usw. sollen ausgeschlossen sein, sondern ich habe bei Vertikation der Rechtsprechung das Gefühl gehabt, daß zu den Leichten Delikten sicher die Studentenscherze gezählt werden. 2. Ich habe nicht be-

hauptet, daß Herr P. gesagt hat, die besser situierten Käufer sollen in einer Trinkerheilanstalt untergebracht werden, sondern ich habe untergebracht werden; daß diese Anstalten nur von zahlungsfähigen Trinkern benutzt werden können, liegt doch klar auf der Hand, für die zahlungsunfähigen bleibt nach wie vor Gefängnis und Arbeitshaus. 3. Die Ausführungen betreffs des inneren Feindes sind wörtlich so gefallen, dieses wird mit Gen. Riethe, Berlin, Vorsitzender des Arbeiterabkommensbundes, bezogen, da wir zurzeit sofort darüber gesprochen haben und auch G. Riethe der einzige war, der der ganzen Theorie, Trunksucht mit Gefängnis und Arbeitshaus zu bestrafen, entgegen trat.

## Gewerkchaftliches.

**Der Maurerverband im Jahre 1905.**

Der Verbandsvorstand dieser größten deutschen Branchenorganisation erstattet in der neuesten Nummer des „Grundstein“ den Bericht über das verfloßene Jahr. Der rüstige Fortschritt, der die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen kennzeichnet, findet besonders in diesem Bericht seinen deutlichen Ausdruck. Dafür zeugen zunächst die Zahlen über die Mitgliederbewegung. Der Verband zählte Mitglieder im

	1904	1905
1. Quartal	114 524	124 113
2. „	132 265	158 262
3. „	138 483	164 588
4. „	130 129	158 680
Durchschnitt	128 850	155 911

Die Zunahme beträgt demnach in den Durchschnittszahlen 27 061, vom Jahresabschluss 1904 bis zum Jahresabschluss 1905 28 551. Was dieser Mitgliederzunahme erhöhte Bedeutung gibt, ist der Umstand, daß fast die Hälfte davon auf den Süden entfällt, also auf Gebiete, in denen eigentlich die sogenannte „christliche“ Konkurrenzorganisation mehr Chancen für sich haben dürfte als der von dem Pfaffengeschmeiß aller Schattierungen so arg geschmähte Zentralverband. Von dem Plus an Mitgliedern entfallen allein auf die Gauen Erfurt 1390, Frankfurt a. M. 3441, Mannheim 5106, München 1552, Nürnberg 1153 und Stuttgart 793, in Summa auf die sechs Gauen 13 485 oder fast 50 Proz. der gesamten Zunahme. Am größten ist die Mitgliederzahl im Gau Berlin, wo sie am Jahresabschluss 31 648 betrug, dann folgt Gau Leipzig mit 16 095, Frankfurt a. M. mit 12 278, Hamburg mit 10 450, Mannheim mit 9411, Dresden mit 7527, Magdeburg mit 6814, Dortmund mit 6506 usw. Eine Ausnahme in der Mitgliederbewegung macht nur der Gau Braunschweig, der um 56 Mitglieder abgenommen hat, was sicher auf das Konto der fortbauern schlechten Baulonjunktur in der Stadt Braunschweig zu setzen ist. Eine bedauerliche Erscheinung ist es, daß die Pluralität trotz der Unterstützungsanstalten noch immer sehr groß ist. Der Zuwachs von rund 28 000 stehen 70 802 Neuaufnahmen gegenüber! Hierunter sind zwar gestorben 934, ausgeschieden 1359, ausgetreten 1147, zum Militär eingezogen 4032, aber der Rest von rund 33 000 sind Durchläufer, die zum großen Teil bald nach ihrem Eintritt das Beitragszählen „vergessen“, oder irgendwo hin verschlagen werden, wo sie aus Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit den Wiederanschluß verpassen.

Zweigvereine bestanden am Schlusse des Jahres 1904 914, am Schlusse des Jahres 1905 956, die Zunahme beträgt somit 42, außerdem sind 28 Vereine mit anderen verschmolzen. Die Zahl der Orte, wo die Maurer dem Verbandsangehörigen, ist aber damit bei weitem nicht erschöpft, denn die meisten größeren Zweigvereine haben noch ein ganzes Reg. von Zahlstellen um sich herum, die alle zum Zweigverein gehören. So hat z. B. Frankfurt a. M. allein deren über 100.

Dieser Fortschritt findet selbstverständlich auch im Kassenwesen seinen Ausdruck. Die Kasseninnahme des Verbandes betrug im Berichtsjahre 3 126 826,12 M., davon entfallen 2 686 657,62 M. auf die wöchentlichen Beiträge. Die Ausgabe der Hauptkasse betrug im gleichen Zeitraum 1 710 696,46 M. Abzüglich dieser und der Ausgaben der Lokalkassen verblieb ein Ueberschuß von 641 785,46 M., davon entfallen auf die Hauptkasse 431 470,90 M. Das Vermögen des Verbandes beträgt jetzt 2 732 466,93 M., daran partizipieren: die Hauptkasse mit 1 807 556,69 M., die Gassen mit 83 329,34 M. und die Lokalkassen mit 841 580,70 M. Auch relativ hat sich das Vermögen vermehrt: es betrug pro Kopf 1904 16,23 M., 1905 aber 17,52 M. Von der Ausgabe der Hauptkasse interessieren uns folgende Posten: für Streiks im eigenen Gewerbe und in fremden Berufen wurden insgesamt 971 576,04 M. ausgegeben, für das Jahrgang „Der Grundstein“ 189 898,69 M., für Agitation 109 210,95 M. für Krankenunterstützung 129 825,43 M., für Sterbeunterstützung 62 997,— M., für Rechtschutz 58 126,85 M. Die sachliche Verwaltung erforderte 42 300,36 M., die persönliche 24 032,88 M. Hierzu ist zu bemerken, daß die sachlichen Verwaltungskosten durch die auf Verbandskosten vorgenommene Renovierung des neugezogenen Grundstücks (zum Gewerkschaftshaus gehörig) allein um circa 6000 M. verteuert wurden.

Eine Uebersicht über die im verfloßenen Jahre geführten Lohnbewegungen ist noch nicht erschienen, was sich aus ihrer überaus großen Zahl erklärt. Alles in allem wird der Bericht bei allen Freunden der Arbeiterbewegung lebhaftest Befriedigung hervorrufen: Der Siegeszug der Gewerkschaften läßt sich durch nichts mehr aufhalten. Daß dieser Fortschritt auch in diesem Jahre anhält, geht daraus hervor, daß die Auflage des „Grundstein“ bereits jetzt auf 187 000 angewachsen ist.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung! Kohrleger, Helfer!** Bei der Firma Goria, Pantow, Florastraße 31, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt, da die Firma den von ihr anerkannten Tarif nicht befolgt. Der Betrieb sowie folgende Bauten sind bis auf weiteres gesperrt: In Pantow: Krankenhaus, Dreieckstraße 49, Bau Beer; in Schöneberg: Waxburgstraße 22, Bau Sübner; in Tegel: Seegasse, Bau Lischer.

Wir ersuchen die Kollegen, den Betrieb zu meiden, ebenso ersuchen wir die Bauarbeiter, uns zu unterstützen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

**Zum Streik der Arbeiter und Arbeiter in den Norddeutschen Eiswerken** ist zu berichten, daß die Verammlung der Streikenden nach Entgegennahme des Berichtes der Lohnkommission einstimmig beschlossen hat, nach wie vor im Ausstand zu verharren. Die Direktion verlangte, daß die Streikenden die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen sollten. Wenn auch eine Anzahl Wagen in die Touren gegangen sind, kann der Betrieb mit den vorhandenen Arbeitwilligen, welche hauptsächlich aus jungen Kurischen unter Begleitung des Kontorpersonals bestehen, doch bei weitem nicht ausreicht erhalten werden. Es wurde beschlossen, eine strenge Kontrolle durchzuführen und ein Flugblatt zur Aufklärung des Publikums herauszugeben.

**Der Streik der Fenstergläser** bei der Firma Juhre, Kolonnenstraße 17, ist nach sechztägiger Dauer zugunsten der Ausführenden beendet.

Eine allgemeine Aussperrung der Bootsbauer in Sicht! Ueber die eingereichten Lohnforderungen der organisierten Bootsbauer von Stralau-Rummelsburg und Umgebung sind einige Firmen ganz und gar aus dem Häuschen geraten und nützen die falschen Mitteilungen einiger Organe, welche über die Bewegung be-

richtet haben und worin behauptet wird, die Bootsbauer bezugspruch 85 Pf., weidlich für ihre ablehnende Haltung aus. Gewiß ist es den Herren sehr unangehen, daß sie neben einem Minimallohn von 55 und 50 Pf. für Junggezelten im ersten Gesellenjahr auch eine geregelte 10stündige Arbeitszeit anerkennen sollen. Haben sie doch bisher die Junggezelten mit Lohnsätzen abgespeist, daß, wenn wir dieselben der Oeffentlichkeit unterbreiten würden, dies für die Herren Unternehmer höchst blamabel ausfallen würde. Geschweige ganz von der Unsitte, daß fortgesetzt Ueberstunden und des Sonntags gearbeitet werden mußte. Die Herren Arbeitgeber planen die Gründung einer Innung und zu dem Zwecke haben sie am 23. d. M. eine Versammlung abgehalten. Hierzu waren nur die großen Firmen eingeladen und diese glaubten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können. Einmal wollten sie sich die lästige Konkurrenz der kleinen „Selbständigen“ zu erwehren suchen, dann aber auch der Organisation ihrer Arbeiter gehörig eins auswischen. Um das letztere zu ermöglichen, sollen zunächst die kleinen Selbständigen mit herangezogen werden. So findet die zweite Sitzung am Freitag, den 27. d. M., abends 6 Uhr, im Restaurant „Vindenspark“ zu Stralau statt. In der famosen Einladung heißt es, daß vom 23. d. M. ab Gesellen, welche durch Streik die Arbeit niedergelegt haben, bei keinem der genannten Herren eingestellt werden. Auch eine Konventionalstrafe in Höhe von 100 M. soll denjenigen treffen, welcher mehr als 20 Tagen nicht, als wie der Minimallohn der Gesellen vorschreibt. Es sind nun auch schon Lohnreduzierungen angekündigt worden. Sowie bis dahin, die Kette, womit man gedankt die Organisation der Gesellen zu erschöpfen, soll in der heutigen Sitzung geschnitten werden. Nun, die Bootsbauer sehen allen scharfmacherischen Plänen und Anschlägen mit Ruhe und Besonnenheit entgegen.

**Das Automobilführerwesen „Prußia“.** Inhaber Hinrichs, Brenzlauer Allee 216, ist wegen eingetretener Differenzen gesperrt. Zugang ist streng fernzubehalten. Folgende Automobilführer kommen in Betracht: 2507, 1321, 576 und 221. Der Vorstand des Vereins der Automobilführer Berlins und Umgegend.

### Deutsches Reich.

Einem neuemodischen Aufbegehrensort für Streikposten hat jetzt die Polizei in Frankfurt a. O. ausfindig gemacht. Dort streifen bellantlich die Holzarbeiter und Schuhmacher. Die Polizei tritt nun äußerst scharf gegen die Streikposten auf und verhaftet auf Anweisung der Arbeitgeber täglich eine Anzahl von ihnen. So wurden am Sonnabend in der Nähe des Bahnhofes allein circa 20 Streikposten festgenommen und im Keller eines Schulgebäudes eingesperrt. Dieser Keller muß deswegen als „Gefängnis“ dienen, weil die nächste Polizeiwache von dem Tätigkeitsfeld der eifrigen Beamten zu weit entfernt liegt. Sie hegen nämlich die Befürchtung, daß, wenn sie mit einem verhafteten Streikposten jedesmal zur Wache ziehen, die übrigen dann schon während dieser Zeit ein Anzahl Arbeitwilliger zum Verlassen der guten Stadt Frankfurt überredet haben könnten. In dem Keller müssen die festgenommenen Streikposten dann 2-4 Stunden sitzen, ehe sie wieder freigelassen werden. Eine Beschwerde beim Oberbürgermeister hat bisher noch keinen Erfolg gezeitigt.

**Rückständige Unternehmer.** Die Arbeiter der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik zu Rannheim-Redarau, welche sich der Streikbewegung nicht angeschlossen, wurden sechsen durch einen Kapitalistenunfall errettet. Die Fabrik wird vom 25. April an geschlossen, der Tagelohn bis zum 3. Mai ausbezahlt. Der Mas bezeichnet als Grund dieses Schreckmittels die Absicht, unsere treuen Arbeiter nicht länger den Schmachungen und Belästigungen der Streikposten auszuweichen. Auch sechs Fabrikmeister wurden entlassen. — Inzwischen trat die Fabrikleitung in Unterhandlungen mit der Streikleitung ein.

### Ausland.

Ein Arbeiterausstand ist in vier Bezirken Galiziens ausgebrochen.

## Eingegangene Druckschriften.

**Die Tabakwelt.** Zeitschrift für Handel und Industrie der Tabakbranche. Nr. 1. Erscheint jeden Sonntag. Monatelweise vierteljährlich durch die Post 1 M. Verlagsstelle Dresden-A., Boglerstr. 13.

**Jahresberichte der Gewerkschaften des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes** für das Jahr 1905. 196 Seiten. Selbstverlag in Stuttgart.

**Rechnungsbericht über die Tätigkeit der Verbändeorgane der schweizerischen Konsumvereine** nebst Rechnung pro 1905. 26 Seiten. Buchdruckerei G. Krebs, Basel.

**Bericht des Gewerkschaftsverbandes für den Gau Nordbaden** vom 20. März 1904 bis 1. März 1906. 15 Seiten. Verlag, Fränkische Verlagshandlung und Buchdruckerei. G. m. b. H. Nürnberg.

**Jahresbericht des Arbeitersekretariats Darmstadt** für das Jahr 1905. 72 Seiten. Selbstverlag.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Einigung in der Hamburger Konfektionsbranche.

Hamburg, 26. April. (B. T. Z.) In der Lohnbewegung der in der Damenkonfektionsbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einigen sich beide Parteien vor dem Gewerbegericht über einen neuen Tarif, der sofort in Kraft tritt und bis zum 1. April 1906 Gültigkeit hat.

### Regierungsmassnahmen für den 1. Mai.

Paris, 26. Mai. (B. T. Z.) In dem heutigen Ministerrat berichte der Justizminister über den Stand der gerichtlichen Untersuchung, welche wegen der Unruhen im Norden des Landes eingeleitet worden ist, sobald beschäftigte sich der Ministerrat mit den Massnahmen, welche für den 1. Mai zu treffen sind. Auszüge und Ansammlungen auf öffentlichen Straßen werden verboten werden.

### Brand auf einem deutschen Dampfer.

London, 26. April. (B. T. Z.) Nach einer Lloyddepesche mußte der deutsche Dampfer „Lugano“, der von Baltimore nach Hamburg unterwegs war, auf der Höhe von Hastings an Land geschleppt werden, da er in Brand geraten war.

### Untergang eines Dampfers.

London, 26. April. (B. T. Z.) Eine Lloyd-Depesche aus Konstantinopel von heute meldet, daß der griechische Dampfer „Erisso“ mit dem türkischen Dampfer „Africa“, welcher einen Truppentransport an Bord hatte, auf dem Schwarzen Meere in der Höhe von Sisten zusammengestoßen sei. Die „Africa“ sei gesunken.

### 315 000 Rubel erbeutet.

Tiflis, 26. April. (Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.) Das Schatzamt von Duschet, in der Nähe von Tiflis, ist heute ausgeplündert worden. Zwanzig Minuten vor der Zeit, um welche die militärischen Schildwachen abgelöst werden, kamen 6 Mann, die die Uniform des dort in Garnison stehenden Bataillons trugen, gaben das Lösungswort und drangen bald, mit den örtlichen Verhältnissen anscheinend gut bekannt, in die Depotkassensammlung ein, nachdem sie den Posten geschnebelt und dem Wächter einen Eid abgenommen hatten, bemächtigten sich 315 000 Rubel in barem Gelde. Es gelang ihnen dann, in ihrer Verkleidung zu entkommen und das Bureau des Schatzamtes zu verlassen, bevor die wirklichen Schildwachen zur Wache erschienen waren. Das schlechte Funktionieren des Telegraphen mit Tiflis vergrößerte die zu ergreifenden Massnahmen. Gegenwärtig aber ist Duschet rings von Truppen eingeschlossen. Ein strenger Ueberwachungsdiens ist auf der Bahnlinie eingerichtet worden, um der Schuldigen habhaft zu werden.

Reichstag.

68. Sitzung vom Donnerstag, den 26. April, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowski, Frhr. v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Änderung der Artikel 23 und 24 der Reichsverfassung in Verbindung mit der Vorlage der Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten.

Abg. Singer (Soz.):

Während alle Parteien des Reichstages seit vielen Jahren die Gewährung von Diäten verlangt haben, wird dieser Wunsch jetzt in einer Form erkennbar erfüllt, die im ganzen Lande peinlich überfallen muß. Man hat es in Deutschland kaum für möglich gehalten, daß die Regierung dem Reichstage zumuten würde, eine derartige Befestigung der Diätenvorlage anzunehmen. Ich habe keinen Zweifel daran, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung diese Vorlage als ein Schlag ins Gesicht des Reichstages empfunden wird, und ich bin überzeugt davon, daß die Verechtlichung des Reichstages, die in der Vorlage in Erscheinung tritt, in der Bevölkerung als eine Verhöhnung des Reichstages angesehen wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich lebe in dieser Vorlage nicht die Erfüllung der Wünsche des Reichstages, sondern eine Frucht des Bureaucratismus. Die Abänderung der Beschlußfähigkeitsziffer bedeutet eine Einschränkung der parlamentarischen Rechte, eine willkürliche Einschränkung der parlamentarischen Opposition. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die vorgeschlagene Änderung kann nur die Wirkung haben und kann nur aus der Absicht hervorgegangen sein, die parlamentarische Opposition wehrlos zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch in den Fragen, die rein äußerlich als formelle Geschäftsordnungsfragen sich darstellen, handelt es sich sehr häufig um Fragen von wesentlicher materieller Bedeutung. Die Minderheit soll verhindert werden, diejenige Grundsätzlichkeit in der Beratung zu erzwingen, die unter verständigen Menschen eigentlich von keiner Seite in Frage gestellt werden sollte; denn ein Parlament, dessen Verhandlungen unter dem Druck der Antreiberei vor sich gehen, verleiht seine eigene Würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und es ist charakteristisch, daß die Regierung dem Reichstage zumute, sich durch die Annahme dieser Vorlage selbst außerhalb der Reihe der Parlamente der Kulturländer zu stellen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Unwillkürlich wendet sich der Blick der Zeit der Tarifvorlage zu. Die Majorität hat damals geschäftsordnungsmäßige Bestimmungen geändert, aber obwohl sie alles daran setzte, die Zollvorlage durchzuführen, hat sie doch nicht die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl der Abgeordneten herabgesetzt. Es ist ein trauriger Ruhm der Regierung, dies jetzt zu tun und dem Reichstage eine solche Vorlage zu machen, in der die Diäten gleichsam als ein Preis für die Verringerung der Rechte des Reichstages erscheinen. (Sehr richtig! links.) Die Begründung der Vorlage setzt sich in Widerspruch mit sich selbst: Sie gewährt Diäten, um ein beschlußfähiges Haus herbeizuführen; dieselbe Vorlage aber beseitigt die Notwendigkeit der Beschlußfähigkeit. An einem Ueberfluß an Logik leidet jedenfalls der Verfasser des Entwurfes nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber es ist auf die Einzelheiten der Diätenvorlage einzugehen, muß ich die Verkopplung der Diätenzahlung mit der Abänderung der Geschäftsordnung näher berühren. Ich behaupte, daß der von der Regierung vorgeschlagene neue § 28 der Verfassung mit einem anderen Verfassungsparagraphen, dem § 27, in schroffem Widerspruch steht. Art. 27 der Verfassung behält dem Reichstage das Recht vor, seinen Geschäftsgang selbst zu regeln und seine Disziplin selbst festzustellen. Dieses verfassungsmäßige Recht des Reichstages durch eine andere Verfassungsbestimmung einzuschränken, aufzuheben, ist sinnlos, ist

ein gesetzgeberischer Konfess.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung verfassungsmäßig sein Recht hat, in den Geschäftsgang des Reichstages einzugreifen, so darf sie logischerweise auch nicht eine Vorlage einbringen, die auf den Geschäftsgang des Reichstages gesetzgeberisch einwirkt. Keine Debatte wird den Eingriff der Regierung in die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages aus der Welt schaffen. Man darf auch nicht mit dem Einwand kommen, daß die Verfassung ja durch die zuständigen Faktoren geändert werden könne. Wir können verlangen, daß Verfassungsänderungen sinngemäß mit der übrigen Verfassung übereinstimmen. Als eine sinngemäße Änderung aber wird es niemand betrachten können, wenn die Regierung sich herausnimmt, das Recht des Reichstages auf selbständige Festsetzung seiner Geschäftsordnung, das bisher unantastbar für jeden Eingriff der Regierung bestand, durch einen neuen Artikel 28 zu verzerren. Die Geschäftsordnung des Reichstages besteht auf Grund der Verfassung und hat ihr zu entsprechen. Sie mußte deshalb auch die Bestimmung enthalten, daß der Reichstag sie selbst zu ändern befugt ist. Wenn der Reichstag nicht selbst seine Rechte preisgeben will, so darf er nicht um der Diätenzahlung willen auf dieses Recht selbständiger Festsetzung der Geschäftsordnung verzichten. Ich glaube nicht, daß irgend ein Mitglied dieses Hauses versuchen wird, nachzuweisen, daß trotz Bestehenbleibens des Artikels 27 der Verfassung dieser Artikel 28 sinngemäß in die Verfassung eingeleitet werden könnte. Aber gerade diese Unlogik zeigt das Bestreben der Regierung, die Rechte des Reichstages einzuschränken. Um so mehr müssen wir darauf bestehen, daß die verfassungsmäßig zugesicherte Stellung des Reichstages nicht angetastet werde. Die Regierung hätte bei einigermaßen gutem Willen den Intentionen des Reichstages leicht folgen und sich selbst und dem Reichstage die peinliche Situation ersparen können, eine solche Vorlage diskutieren zu müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), denn diese Vorlage bedeutet nichts anderes, als daß der Reichstag die Diäten durch Verzicht auf ein ihm zustehendes Recht erkaufen soll. Gewiß hat die Majorität das Recht, die Geschäftsordnung festzusetzen; aber daß der deutsche Reichstag Regierungswünsche bezüglich der Geschäftsordnung erfüllt, die lediglich an die Gewährung von Diäten geknüpft worden sind, das halte ich selbst in diesem Reichstage, so lange mir nicht der Beweis des Gegenteils geliefert wird, auch heute noch für ausgeschlossen. Das ist nicht eine Frage der Partei, sondern der Würde und des Ansehens des Reichstages. Alle Parteien haben das gleiche Interesse daran, dem Reichstage die Stellung zu wahren, die er nach Verfassung und Gesetz beanspruchen kann. Alle müßten sie der Regierung ein energisches „hands off!“ (Hände weg!) zurufen, da sie den Versuch macht, in die Geschäftsordnung einzugreifen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir dürfen unter keinen Umständen zulassen, daß der Reichstag eine Verringerung seiner Rechte für die Diätenzahlung auf sich nimmt.

Wenn also die Regierung selbst nicht verstanden hat, die Empfindungen vorherzusehen, die diese Vorlage bei den Reichstags-Abgeordneten erwecken mußte, so ist es Pflicht des Reichstages, der Regierung sehr deutlich klar zu machen, daß er das Erstgebührenrecht einer selbständigen Regelung seiner Geschäftsordnung nicht um das Einverständnis der Diäten verkauft. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir handeln nicht! (Sehr gut! links.) Die Forderung der Diäten ist in sich berechtigt und muß und wird erfüllt werden — heute oder zu anderer Zeit. Jedenfalls wird sie wiederkehren, bis die Regierung einen vernünftigen Standpunkt zu ihr gewinnt. Aber die Bewilligung der Diäten vom Standpunkt eines Aushandels aus zu erschleichen, das müssen diejenigen Abgeordneten als absolut unzulässig und undiskutierbar zurückweisen, die wünschen, daß die hervorragende

Stellung der Volksvertreter nicht beschminkt werde durch den Verdacht, daß sie ihren persönlichen materiellen Interessen dienen. (Erneuter, lebhafter Beifall links.)

Ich wende mich nun mit einigen Worten dem Diätenentwurf zu. In der

Berufung der freien Eisenbahnfahrt

zeigt sich gleich von vornherein die ganze kleinliche Auffassung der Regierung. Die Begründung dieser Maßregel operiert mit der falschen Behauptung, das gegenwärtige System, die Befreiung der Freifahrt auf den Verkehr zwischen dem Wohnort und dem Reichstage, habe sich gut eingebürgert, und es würden keine Klagen darüber geführt. Aber wie ist es nur möglich, daß die Regierung zu einem so engstirnigen Standpunkt gelangen kann? Fürchtet sie, daß die Abgeordneten die Freifahrt benutzen würden, um sich genauer über örtliche Verhältnisse zu informieren, oder hält sie auch das für Vergnügungsgoreien? Gegenüber Flotten- und sonstigen patriotischen Vereinen ist die Regierung in der Gewährung von Vergünstigungen gar nicht so spärlich. Die Regierung verzieht es ganz gut, diese ihr angenehme Agitation zu fördern. Glaubt aber die Regierung, und die Möglichkeit zu größerer Agitation nicht geben zu dürfen, so möchte ich doch bemerken, daß dieser kleinliche Standpunkt nur dadurch erklärlich wird, daß die Regierung der Arbeiterbewegung gegenüber jeden Ueberblick, jeden großen Standpunkt verloren hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Eine Partei, deren Agitation auf die Freifahrt der Abgeordneten angewiesen wäre, würde mir leid tun. (Heiterkeit und Beifall links.) Aber die Verlegung der Freifahrt zeigt wieder, wie Preußen auf das Reich abgefährt hat mit seiner kleinlichen schamlosen Politik der Robelische. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie unwürdig einer Regierung und eines Parlaments ist diese kleinliche Auffassung des Schulmeisters, der die bösen Tugenden am Jubrot für ihre „Sünden“ strafft. (Heiterkeit links.) In den Kommissionen müssen die Mitglieder des Reichstages Zuhörer und Abertausende bewilligen und sind zur Information nur auf die Ausführungen der Regierungsvorrede angewiesen!

Es würde den verbündeten Regierungen den gleichberechtigten Faktoren der Gesetzgebung gegenüber nicht nur wohl anstehen, sondern es wäre auch ein Akt der persönlichen Klugheit, den Mitgliedern des Reichstages die Gelegenheit zur persönlichen Befestigung zu geben. Wir fordern daher die freien Eisenbahnfahrten nicht nur während der Session, sondern während der ganzen Legislaturperiode. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) denn gerade die Zwischenzeit zwischen den Sessionen ist diejenige, in welcher die Mitglieder des Reichstages die Zeit haben zu solchen persönlichen Befestigungen. Trotz des vierzehnmal wiederholten Beschlusses des Reichstages geht der Bundesrat nicht darauf ein. Diese Behandlung des Reichstages ist geradezu ein Hohn auf den Reichstag. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichstag vierzehnmal erklärt hat: Die gegenwärtige Art der Eisenbahnfahrten genügt nicht, und zwar nicht aus persönlichem Interesse der Mitglieder, sondern im Interesse der Sache, und wenn die Regierung dagegen sagt: „Sie genügt aber doch, und wir wollen sie jetzt sogar gesetzlich festlegen!“ so ist das eine Behandlung des Reichstages, welche, wie ich wiederhole, nur in Deutschland möglich ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn ich das Wort, das mir auf der Zunge schwebt, aussprechen möchte, so würde ich mir einen Ordnungsruf zuziehen, was ich unterlassen will, weil ich den Präsidenten nicht kränken will. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es ist eine Behandlung, die sich anständige Menschen nicht gefallen lassen können. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) und auch der Reichstag nicht, der doch aus anständigen Leuten besteht.

Für die Auffassung der Regierung von dem Reichstage ist die Vorlage sehr charakteristisch: Je schneller er arbeitet, desto schneller soll er auch den Lohn empfangen. Die Regierungen haben hier die Einrichtungen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern zum Muster genommen in der Art, wie sie ihrerseits den Reichstag behandeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag kann unmöglich auf diese Vorlage eingehen. Sie trägt einen derartigen Charakter, daß man wirklich nicht mehr davon sprechen kann, daß die Diäten eine Entschädigung für den Aufwand sind, die der Abgeordnete während seines Aufenthalts in Berlin machen muß, sondern sie bilden eine Art Vergütung für angenehmes Verhalten der Regierung gegenüber. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie wenig der Regierung an einer längeren Reichstagsdauer liegt, dafür haben wir ja Beispiele in den letzten Jahren gehabt. Als man nach China ging, rief man den Reichstag nicht zusammen, und als die Marokkoaffäre sich in Szene setzte, schied man den Reichstag vorher nach Hause, damit er nicht mitreden konnte. Wir ist es unverständlich, wie die Regierung dem Reichstage die Zumutung machen kann, der braucht nur möglichst schnell zu arbeiten, damit er einen großen Sach wohl bekommt! Ich glaube, die verbündeten Regierungen waren außerordentlich schlecht beraten, als sie diesen Entwurf machten. Ich habe fast die Empfindung, als ob ein Spatzvogel ihnen diese Vorlage suggeriert hätte, von der er genau gewußt hat, mit welchen Gefühlen sie von den Abgeordneten aufgenommen werden muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn jemand die Regierung diskreditieren möchte, so könnte er nichts Besseres tun als zu veranlassen, dem Hause eine solche Vorlage zu geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit Vorbeeren geht die Regierung aus diesem Kampfe nicht hervor — gleichgültig, wie sich die Vorlage gestaltet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird dem Reichstag hier eine Art Interoffizierprämie gewährt. (Sehr gut; bei den Sozialdemokraten), bloß mit dem Unterschiede, daß die Unteroffiziere eine höhere Prämie bekommen, je länger ihre Dienstzeit dauert, während wir entsprechend höher bezahlt werden, je länger die Zeit ist, die der Abgeordnete für das Reich ableistet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wie schändlich sind die übrigen Bestimmungen der Vorlage! Jedes Fernbleiben von der Sitzung soll mit 30 M. bestraft werden. Gewiß, man kann sich auch auf den Boden der Anwesenheitsgelder stellen. Unter der Voraussetzung, daß man es mit anständigen Menschen zu tun hat, würde ein Pauschale ohne besondere Bestimmungen für die Anwesenheit ja auch möglich sein. Ich bestreite gar nicht, daß die Erfahrungsfragen, die die Regierung im preussischen Abgeordnetenhaus gemacht, sie zu dieser Vorsicht gebracht hat. Es ist doch aber eine komische Zumutung, daß wir im Reichstage dafür bestraft werden sollen, daß das preussische Abgeordnetenhaus diesfalls Mißbrauch mit seinen Diäten treibt. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber, wie gesagt, man kann sich auf den Standpunkt der Anwesenheitsgelder stellen. Ich wünsche wirklich, daß uns der Reichensminister, der die Vorlage ausgearbeitet hat, hier eine Rechnung vorträgt. Es heißt doch nicht nur der Logik, sondern auch anderen menschlichen Eigenschaften Gewalt antun, wenn man sich auf den Standpunkt stellt: Wenn Du Deine Pflicht erfüllst, bekommst Du 20 M.; wenn Du aber aus irgend welcher Veranlassung es nicht tust, wirst Du mit 30 M. bestraft! Die Art, mit der die Vorlage die Sache behandelt, zeigt, mit welcher Unlust die verbündeten Regierungen an die Sache herantreten sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist doch ein geradezu unbilliges Verlangen, wenn ein Abgeordneter, der hier bei Ausübung seines Berufes erkrankt, dafür mit 30 M. pro Tag bestraft werden soll. Das wäre eine Gemütsregelt, der wir uns nicht schuldig machen wollen. Wenn ein Mitglied des Hauses im Auftrage des Reichstages an den Sitzungen des Betrats für Arbeiterstatistik, die — aus Sparsonnecksichtungen jedenfalls — während der Session tagen, teilnimmt, so muß er dafür täglich 30 M. Strafe bezahlen. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Herren vom Bundesrat, die diesen Sitzungen beiwohnen, werden deshalb nicht auf ihre Diäten verzichtet. Ueberhaupt muß es bei dieser Gelegen-

heit wenigstens gestreift werden, daß man gar keinen Anhalt dafür findet, daß die Herren, die den Gesetzentwurf gemacht haben, sich gefragt haben, ob sie sich denn eine solche Behandlung gefallen lassen würden, ob sie geneigt wären, sich unter diese Polizeikontrolle zu stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein Merkmal der Besinnung dieser Herren, wenn sie den Reichstagsabgeordneten etwas zumuten, was sie selbst niemals auf sich nehmen würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einem anderen Paragraphen wird dann bestimmt, daß der Abgeordnete verpflichtet ist, sich in eine

Präsenzliste

einzutragen. Ich muß Ihnen gestehen: Gegenüber der Art, wie die ganze Vorlage abgefaßt ist, bin ich eigentlich froh, daß man nicht noch dazu übergegangen ist, den Abgeordneten beim Verlassen des Hauses eine Marke abzuverlangen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Wer an namentlichen Abstimmungen nicht teilnimmt, muß auch 30 Mark zahlen. Wie oft kommt es nicht vor, daß ein Abgeordneter während der Abstimmung in der Bibliothek sitzt oder durch eine Fraktionssitzung in Anspruch genommen ist! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Herren von der Regierung sind Staatsdiener, welche sich vor den Vorgesetzten müssen Vorchriften machen lassen, oder sie brauchen ihr Amt nicht weiter zu führen. — Die Abgeordneten aber sind gleichberechtigt mit der Regierung, und wir müssen es geradezu unerbötlich finden, wenn sie in dieser Vorlage behandelt werden wie Schulbuben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dabei hätte die Regierung es so leicht, diese Frage in vollem Einverständnis mit dem Reichstag zu lösen; sie brauchte nur den so oft gefaßten Beschluß des Reichstages zu akzeptieren. Mit dieser Vorlage aber beweist die Regierung nur, daß sie der Rat gehorcht, nicht dem eigenen Triebe — diese Vorlage zur Gewährung von Diäten gemacht hat und sie durch die einzelnen Bestimmungen den Abgeordneten verfehlen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß diese Behandlung des Reichstages dazu beitragen wird, den Ruf Deutschlands zu erhöhen, glaube ich nicht. Der Ruf, den der Kanzler ausgeföhren hat: Deutschland in der Welt voran! trifft hier keineswegs zu. Ich möchte das Land sehen, dessen Regierung sich herausnehmen würde, eine solche Vorlage zu machen. Es ist bebaurend, daß die Regierung nicht imstande ist, die Stellung des Reichstages zu begreifen; dann aber muß der Reichstag selbst der Regierung deutlich machen, was er im Volkleben bedeutet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich beantrage die Verweisung des Gesetzentwurfes an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern. Es wird sich ja aus den Äußerungen der übrigen Herren ergeben, welche Auffassung sie haben; für uns ist die Vorlage, wie sie jetzt gestaltet ist, unannehmbar. Wenn es nicht gelingt, ganz wesentliche Änderungen an ihr vorzunehmen, werden wir gegen die Vorlage stimmen. Wir ziehen den Zustand der Diätenlosigkeit der Entrechung des Reichstages vor. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Rittshofen (L.): In der gesetzlichen Festlegung von Bestimmungen der Geschäftsordnung kann ich einen entwürdigenden Zustand nicht erblicken. Einzelne der vorgeschlagenen Bestimmungen werden man in der Kommission nachprüfen können. Grundföhlige Bedenken hat ein Teil meiner Freunde gegen die Vergütung von Diäten überhaupt; aber trotzdem werden sie an dem Zustandekommen des Gesetzes mitarbeiten. Die doppelte Kontrolle der Anwesenheit durch Eingeklinkung in die Riste und Teilnahme an der namentlichen Abstimmung berührt selbst. Es kann doch vorkommen, daß ein Abgeordneter im Hause ist und doch eine namentliche Abstimmung wegen eines notwendigen Bedürfnisses verpaßt. (Große Heiterkeit.) Dafür soll er dann 30 M. zahlen. (Erneute Heiterkeit.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Ich stimme dem konservativen Redner insoweit zu, als er sagte, daß die Vorlage ihm unsympathisch sei, und daß er gewünscht hätte, sie wäre durch die Verhältnisse nicht nötig geworden. Bei Schaffung der Verfassung gingen die verbündeten Regierungen von der Voraussetzung aus, daß stets im Deutschen Reich eine genügende Anzahl politisch gebildeter und wirtschaftlich unabhängiger Männer vorhanden sein würden, um es zu ermöglichen, daß die Vertreter des deutschen Volkes ohne irgend welche Entschädigung und so wie es das Reichsinteresse erforderte ihr Mandat ausüben könnten. Die wiederholten Anträge aus dem Hause und die Zustände, die Sie alle kennen und mit den verbündeten Regierungen beklagen, haben aber gezeigt, daß diese Verfassungsbestimmung bei den Verhältnissen, wie sie einmal sind, schwere Nachteile mit sich bringt. Zunächst ist es zweifellos ein anormaler Zustand, der leider in Deutschland seit Jahrzehnten besteht, daß die allerwichtigsten Gesetze nicht von der gesamten Volksvertretung, nicht von der gesetzlich notwendigen und verfassungsmäßigen Volksvertretung, sondern unter Umständen von einer ganz verschwindenden Minderzahl beschloffen werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Folge dieses Abstemmens, wie ihn der Reichstag erlebt hat, ist von sehr bedenklicher Wirkung auf den inneren Gehalt und Wert unserer Gesetze. Alle die Herren, die den Kommissionsverhandlungen beigewohnt haben — und das sind ja die Mitglieder, die sich am eifrigsten an den Arbeiten des Hauses beteiligen — werden wissen, daß noch längst offen in den Kommissionen über den fortgesetzten Wechsel ihrer Mitglieder geklagt worden ist. Wie kann bei solchem Wechsel der Kommissionsmitglieder eine in sich geschlossene, logische Gesetzgebung überhaupt erzielt werden, wie soll es der Regierung möglich sein, selbst wenn sie sich die größte Mühe gibt, ihre Vorlagen zu verteidigen, wenn am Schluß der Beratung die Mehrzahl der Abgeordneten aus solchen besteht, die dem Anfang der Verhandlungen überhaupt nicht beigewohnt haben, von ganz anderen Voraussetzungen bei Beurteilung der Vorlage ausgehen und Anträge stellen, die mit dem Gedanken, die das Gesetz vom ersten Anfang an bekommen hat, überhaupt nichts mehr zu tun haben? Es ist sehr schwer, wenn in der Kommissions-Verhandlung das Gesetz zerrieben worden ist — und das sehr viele schwere Fehler zerrissen worden sind, sehen Sie aus zahlreichen Erkenntnissen der richterlichen Judikatur — dann in den Plenarverhandlungen aus dem betreffenden Gesetz wieder ein einheitliches Ganze zu machen. Und ich bin überzeugt, daß eine Reihe von Klagen über die Gesetzgebung, die auch in der Bevölkerung erhoben werden, auf die Inkompetenz und Inkongruenz derjenigen Abgeordneten zurückzuführen ist, die an der Gesetzgebung vor allem beteiligt sind. (Sehr wahr! rechts.)

Ein weiterer schwerer Nachteil ist die offensichtliche Benachteiligung Süddeutschlands. (Sehr wahr! rechts.) Ich will auf die Gründe nicht eingehen. Aber wenn man die Verhältnisse Deutschlands mit den Verhältnissen Preußens vergleicht, so ist doch zunächst zu berücksichtigen, daß Preußen nur 1/3 des Deutschen Reiches umfaßt, daß Deutschland eine viel größere Ausdehnung hat und daß es deshalb unvermeidlich ist, daß die Abgeordneten für einige Zeit zu ihren häuslichen Verhältnissen abkommen und vielleicht auch tageweise durch ihre häuslichen Verhältnisse zurückgehalten werden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Das hat unweifelhaft dahin geführt, daß die süddeutschen Abgeordneten nicht in dem Maße an den Verhandlungen des Reichstages teilnehmen, wie es das Interesse der Sache und die Vertretung des ganzen Volkes erforderte. Nach meiner Ansicht ist aber der Reichstag in seiner Totalität eine der wichtigsten Institutionen für die deutsche Einheit und Einigkeit. (Lebhafte Beifall in der Mitte und teilweise links.) Deshalb haben gegenüber den ersten politischen Bedenken, die an vielen Stellen der Vorberatung dieses Gesetzes entstanden sind, gegenüber diesen ersten und schweren Bedenken die verbündeten Regierungen nach langen und eingehenden Erwägungen sich doch überzeugt, daß es bei den Verhältnissen, wie sie sich einmal

entwickelt haben, notwendig ist, den Wünschen des Reichstages entgegenzukommen und ihm eine Entschädigungsvorlage zu unterbreiten. Aber die verbündeten Regierungen sind bei diesem Beschluß von der festen Ueberzeugung ausgegangen, daß das Gesetz auch eine Gestalt bekommen muß, die den verbündeten Regierungen einigermassen eine Gewähr dafür gibt, daß sie in Zukunft stets mit einem beschlußfähigen Reichstage zu rechnen haben werden. Von dieser Grundlage ihrer Auffassung werden sich die verbündeten Regierungen unter keinen Umständen abbringen lassen. (Bravo! rechts, große Unruhe links.) Nun hat der Abg. Singer erklärt, wir schienen schon vergessen zu haben, daß die verbündeten Regierungen und der deutsche Reichstag zwei sich gleichberechtigt gegenüberstehende Faktoren seien. Nein, Herr Abg. Singer, das vergessen wir auf der Bundesratsbank niemals! Aber ich glaube, wenn ein Mitglied des Bundesrats sich in dieser Weise und in diesem Tone über den Reichstag äußern würde wie der Abg. Singer über die Regierung, so wäre im Reichstag ein Sturm der Entrüstung losgebrochen: die Regierung vergesse vollkommen, daß der Reichstag ein gleichberechtigter Faktor sei. (Heiterkeit rechts, stürmische Zwischenrufe links: Und die Vorlage! Vorlage!) Nur Ruhe!! (Stürmische Heiterkeit.) Ich komme noch zu der Vorlage, aber erst nach dem andern. Ich kann nur sagen, daß die Ausführungen des Abg. Singer dem Gedanken der politischen Gleichberechtigung meines Erachtens nicht voll gerecht geworden sind. Leider geben die Anschauungen über das, was für das dauernde Wohl des Reiches notwendig ist, recht weit auseinander. Wenn aber der Abg. Singer in Zukunft den Grundfragen unserer Vorlagen mehr Rechnung tragen will, so wird dieses hohe Haus sehr einfach und sehr leicht große Vorlagen verabschieden können. (Heiterkeit.)

In der Vorlage soll eine Herabsetzung des hohen Hauses liegen. (Sehr richtig! links.) Es war die verfassungsmäßige Grundlage des Deutschen Reiches, die geboren ist mit dem Deutschen Reich zusammen, daß die Abgeordneten des Deutschen Reiches keinerlei Entschädigung und Befoldung beziehen. Diese Grundlage sollte geändert werden. Die verbündeten Regierungen tragen diesen Verhältnissen Rechnung, wie sie sich entwickelt haben; sie suchen Routen zu schaffen, damit der Zweck, den Sie alle wollen — die stetige Beschlußfähigkeit des Reichstages — auch wirklich durch die Bestimmungen des Gesetzes erreicht werde — und darin soll eine Herabsetzung des deutschen Reichstages liegen! Diese Behauptung mutet mich um so eigentümlicher an, als man in anderen Staaten, sogar in Staaten mit republikanischer Verfassung, in ähnlichen Bestimmungen nie eine Herabsetzung des Parlaments erblickt hat. In der Schweiz bestehen die Anwesenheitsgelder mit einer genauen Kontrolle, in verschiedenen Staaten wird jeden Tag die Präsenzlifte festgestellt, werden, dem Protokoll der Sitzung beigefügt, und wenn das Haus beschlußfähig ist, wird sogar die Liste der anwesend gewesenen Abgeordneten in den öffentlichen Blättern bekannt gegeben. In Amerika und anderen Staaten besteht die gesetzliche Bestimmung, daß den Abgeordneten für die Tage, wo sie nicht anwesend sind, Abzüge gemacht werden; ferner besteht in den republikanischen Staaten Americas die Bestimmung, daß Abgeordnete, die ihre Sitzungspflicht veräußern, verhaftet werden können (Große Heiterkeit), und in Amerika macht man damit keinen Spaß, man führt die Bestimmung aus, die Abgeordneten werden gezwungen, den Sitzungen beizuwohnen, und wenn sie sich der Abstinenz enthalten, wird ihre Stimme doch als anwesend gerechnet. Das sind Bestimmungen, die so viel schärfer sind, daß es eine ganz unhaltbare Behauptung ist, wenn hier erklärt wird, diese Gesetzgebung würde das Ansehen des Deutschen Reiches nach außen schädigen. Wenn der Abgeordnete Singer die Bestimmungen der amerikanischen Verfassung akzeptieren will, werden die verbündeten Regierungen es sich überlegen, ob sie Änderungen der Vorlage in die in dem Sinne zustimmen. (Heiterkeit, Zurufe bei den Sozialdemokraten: Auch in bezug auf die Höhe der Diäten?) Ferner ist es als Degradation des hohen Hauses angesehen worden, daß zur Beschlußfähigkeit nicht mehr dieselbe Anzahl Abgeordneter wie jetzt verlangt wird. Welche eine minimale Beschlußfähigkeitsziffer hat aber z. B. England, das älteste Parlament der Welt mit 600jähriger Erfahrung! — Dann hat Herr Singer von der Geschäftsordnung gesprochen. Ihre Geschäftsordnung beruht auf der Reichsverfassung, sie kann nur die Bestimmungen treffen, die durch die Reichsverfassung nicht getroffen sind. Es ist kein Eingriff in die Geschäftsordnung des hohen Hauses, wenn die Bestimmungen über die Beschlußfähigkeit für gewisse Fälle modifiziert werden, um zu verhindern, daß über kleine nebensächliche Fragen endlose Geschäftsordnungsdebatten sich entspinnen.

Der Herr Abg. Singer hat ferner gesagt, in dem Gesetz liege ein Affordsystem mit Prämienzahlung. Wenn das richtig ist, müssen Sie diesen Vorwurf auch einer ganzen Anzahl anderer Staaten und Parlamente machen. Ich kann Herrn Singer versichern — er kann nicht so tief in die Materie eingedrungen sein, wie ich genötigt war, es zu tun —, es sind im Reichsamt des Innern sechs Entwürfe ausgearbeitet und in endlosen kommissarischen Verhandlungen beraten worden, und nach all den Erwägungen war, wenn man überhaupt von einer Anwesenheitskontrolle ausgehen wollte, dieser Weg der einfachste und meines Erachtens der würdigste. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Daß in Materie gezahlt wird, kann doch unmöglich eine Entwürdigung des Reichstages sein; aus praktischen Gründen werden Vorläufe gewährt, der Rest gelangt zur Zahlung, wenn der Reichstag verlagert oder geschlossen wird. Wenn die Grundzüge des Bezuges der Diäten nicht so geregelt werden, könnte es vorkommen, daß ein Abgeordneter, der nur einer einzigen Sitzung im Monat beiwohnt, für diese einzige Sitzung 180 M. beläme. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ferner dürfen Sie nicht vergessen, daß das Prämienquantum auch gewährt wird für Weihnacht-, Osterferien usw. (Gelächter und Unruhe links.) Daß ein Abgeordneter keine Entschädigung bekommt, wenn er an Sitzungen eines Einzelparlaments während des Reichstages teilnimmt, entspricht einem Antrage Hompesh, den Sie angenommen haben.

Der Haupteinwand richtet sich gegen die Anwesenheitskontrolle.

Was diese betrifft, so verweise ich darauf, daß auch der Antrag des Grafen Hompesh Anwesenheitsgelder forderte. Anwesenheitsgelder setzen aber selbstverständlich eine Anwesenheitskontrolle voraus, und eine solche kann im allgemeinen nur durch Gesetz bestimmt werden. Es ist ferner im Antrag Hompesh gesagt, daß nicht gleichzeitig für zwei Mandate eine Entschädigung gegeben werden solle. Dadurch wird doch auch eine Anwesenheitskontrolle nötig gemacht. Man muß doch die Anwesenheit kontrollieren, um feststellen zu können, ob nicht der Abgeordnete an demselben Tage in einem einzelstaatlichen Landtage Anwesenheitsgelder erhalten hat. Es ist von einem Eingriff in die Verfassung der Einzelstaaten gesprochen worden, weil hier der Grundlag festgestellt ist, daß niemand eine Entschädigung aus der Kasse der Einzelstaaten in Empfang nehmen darf, wenn eine solche hier gezahlt wird. Ich habe diesen Einwand zuerst in der freisinnigen Presse gelesen. Es ist mir vollkommen unbegreiflich, wie man an der Verfassungsmäßigkeit unseres Vorschlages zweifeln kann. Reichsrecht geht vor Landesrecht, und das Reichsrecht bestimmte bisher, daß der Abgeordnete keine Entschädigung bekommen soll. Wenn jetzt ein Reichsgesetz diesen Zustand ändern will, so hat das Reich unzweifelhaft das Recht, die Bedingungen festzustellen, unter welchen diese Entschädigung des Reiches nur erhoben werden darf. Das ist keine Änderung der Verfassung, sondern das Recht des Reiches, das wir jeden Tag üben. (Widerpruch links.) Es ist kein Eingriff, sondern eine Ausführung der Reichsverfassung, die selbstverständlich ihre Konsequenzen für die Einzelstaaten nach sich ziehen muß. Wie wollen Sie dem dies überhaupt anders regulieren? Der Antrag Hompesh ging davon aus, daß das Reich abziehen sollte, was die Einzelstaaten geben. Wäre das durchgeführt, so hätten wir eine so komplizierte Kontrolle, daß sie gar nicht ausführbar wäre, zumal die Einzelstaaten ganz verschiedene Bedingungen haben. Außerdem meine ich, daß das hohe Haus sich vollkommen über diese Bedenken hinwegsetzen kann, nachdem die verbündeten Regierungen sich ihrerseits mit dieser Regelung einverstanden erklärt haben. (Widerpruch links.) Sie werden es mir erlassen, jetzt noch weiter

auf die Einzelheiten einzugehen. Ich kann nur versichern, daß die verbündeten Regierungen durch diese Vorlage ernstlich befreit gewesen sind, den Streitpunkt der zwischen der Mehrheit des Hauses und ihnen bestand, aus dem Wege zu räumen in einer Weise, die durchaus der Würde des Hauses entspricht, daß sie aber aus schwerwiegenden politischen Gründen eine Vorlage nicht akzeptieren würden, die an den Grundfragen dieser Vorlage rüttelt. (Lebhafter Beifall im Zentrum und bei den Nationalliberalen, Große Unruhe links.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Aus dem Hause selbst ist die Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer wiederholt gefordert worden. Deshalb waren die Bemerkungen des Abg. Singer nicht ganz berechtigt. Dennoch halte ich diese Bestimmung für überflüssig, da die Gewährung der Diäten die Beschlußfähigkeit des Hauses schon genügend erhöhen wird. Die Entrohung in die Präsenzlifte hat für mich nichts Entwürdigendes. Das Problem, die Beschlußfähigkeit des Reichstages zu erhöhen, ist ein so wichtiges, daß ihm gegenüber alle Bedenken gegen den Abzug der Diäten bei Abwesenheit, selbst in Krankheitsfällen, schweigen müssen. Vielleicht ließe sich die Härte dadurch mildern, daß der Präsident tags vorher anständig, bei den und den Positionen und Anträgen findet namentliche Abstimmung statt. (Lautes Lachen links.) Die Diäten bilden eine Ergänzung unseres bestehenden Wahlrechts und weil das Volk Wert legt auf dieses Wahlrecht, deshalb wird es, mag auch der einzelne von uns mit dieser Vorlage nicht zufrieden sein, der Regierung und dem Grafen Posadowsky für diese Befestigung und Befestigung des Reichstagswahlrechts von Herzen dankbar sein. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Dieber (natl.): Der Abg. Singer hat sehr respektlos von dieser Vorlage als einem Affordsystem mit Prämienlohn gesprochen. Aber ein großer Teil seiner scharfen Ausführungen fällt auf das Konto der Anwesenheitsgelder selbst. Hat nicht auch die Sozialdemokratie dem Antrag Gröber zugestimmt, der Anwesenheitsgelder forderte? (Zurufe b. d. Soz.: Jawohl! Natürlich!) Auch in den süddeutschen Staaten haben Ihre Parteigenossen in der Kontrolle über die Anwesenheit nichts Entwürdigendes gesehen. (Zuruf des Abg. Singer: Wir ja auch nicht! Aber der Vorwurf und der Abzug!) In den Einzelheiten ist allerdings die Vorlage von Kleinlichkeit und Ungeheuerlichkeit nicht freizusprechen. (Sehr wahr!) Am besten überlasse man die Kontrolle vertrauensvoll der freisinnigen Selbstverwaltung der Abgeordneten. Für die unbefristete freie Eisenbahnfahrt der Abgeordneten hat sich auch eine Autorität wie der frühere Reichspräsident v. Levetzow ausgesprochen. Die Verkopplung der Diätenvorlage mit der Beschränkung der Erfordernisse der Beschlußfähigkeit bedauern auch wir. Wir stimmen der Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu.

Abg. Träger (fr. Sp.): Ich schließe mich diesem Antrage ebenfalls an; aber in der vorliegenden Form ist die Vorlage unannehmbar. Meine Erwartungen waren sehr niedrig gespannt, aber daß die Regierung den Mut hätte, eine solche Vorlage zu machen, hätte ich nicht erwartet. (Sehr richtig! links.) Sie legt in schlimmster Weise Hand an die Würde des Reichstages und seiner Mitglieder. (Sehr richtig.) Sie ist von einem Geist der Kleinlichkeit diktiert, daß man fast meinen möchte, sie sei im Fieberwahn abgefaßt. (Lebhafter Zustimmung links.) Graf Posadowsky hat auf entsprechende Bestimmungen in Amerika verwiesen; vielleicht wird dadurch die Vorliebe verständlich, die jetzt in gewissen Kreisen für Amerika herrscht. (Große Heiterkeit.) Zur Kontrolle hat man schon mancherlei vorgeschlagen, u. a. auch schon das Photographieren des Sitzungssaales mit Blitzlicht. (Große Heiterkeit.) Vollkommen recht hat Kollege Singer, wenn er auf den Widerspruch des Entwurfs gegen Art. 27 der Reichsverfassung hinweist. Wird der Entwurf Gesetz, so könnte die Regierung mit Hilfe einer gefügigen Majorität jederzeit die Geschäftsordnung umändern. (Sehr richtig! links.) Ich bitte Sie, die Vorlage abzulehnen oder abzulehnen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Arentz (Rp.): Bei allen Ausstellungen in einzelnen hätten die verbündeten Regierungen doch Anerkennung verdient; freilich hätte ich auch die Vorlage etwas großzügiger gewünscht und die einzelnen ausgesetzten Bestimmungen gern vernichtet. Das wird sich aber in der Kommissionsberatung erreichen lassen. Auch bezüglich der Präsenzlifte ist der Standpunkt der Regierungen ein sehr kleinlicher, es liegt durchaus im Interesse der Allgemeinheit, daß die Abgeordneten alle Teile des Reiches persönlich kennen lernen. Auch die Regelung der Diäten bei Doppelmandaten müssen wir den Einzelstaaten überlassen. Die Abzüge dürfen nicht die Form einer Strafe annehmen, wie das nach dem Wortlaut der Vorlage erscheint. Bezeichnend ist, daß die Sozialdemokratie diese Vorlage, welche die Erfüllung eines langjährigen Volkswunsches ist, (Rachen bei den Sozialdemokraten) höhnisch zurückweist. (Bravo! rechts und ironisches Bravo! links.)

Abg. Schrader (fr. Sp.) (auf der Tribüne schwer verständlich): Die Vorlage ist erfüllt von dem kleinlichen Gedanken, daß nur so nicht ein Abgeordneter einen Pfennig zu viel erhält. Auch die Art der Kontrolle über die Anwesenheit der Abgeordneten ist nicht mit ihrer Würde vereinbar.

Abg. Riedemann v. Sonnenberg (Antisemit): Anwesenheitsgelder schließen Anwesenheitslisten in sich; ihre besondere Festlegung mag in der Kommission erörtert werden. Bezüglich der freien Eisenbahnfahrt möchte ich die Ausführungen der Redner leblich unterstützen.

Abg. Kulerst (Pole): Für meine Freunde ist diese Vorlage unannehmbar. Aus ihr spricht der Geist, der die Worte geprägt haben soll: „Diesen Kerls noch Diäten?“

Präs. v. Ballestrin: Wenn Sie auch jemand zitieren, dürfen Sie doch nicht die Mitglieder des Reichstages mit „Kerls“ titulieren. (Große Heiterkeit.)

Abg. Kulerst: Ich habe keinen Abgeordneten verlegen wollen. Der Vorlage können wir schon wegen der in ihr enthaltenen Änderung der Geschäftsordnung nicht zustimmen, die sich ganz besonders gegen die kleinen Parteien richtet. Für Kommissionsberatung können wir stimmen.

Abg. Zimmermann (Wirtsch. Sp.): Die Vorlage ist, wie jede Note, reichlich mit Dornen versehen. Hoffentlich gelingt die Beschneidung und Befestigung der Dornen. (Zwischenruf: Beschneidung? Große Heiterkeit.) Die Gründe für die freien Eisenbahnfahrten bleiben nach wie vor bestehen. Wir vermüssen Bestimmungen für den Fall der Extrankung von Mitgliedern sowie für solche, die in Kommissionen tätig sind. Auch die Frage der Doppelmandate scheint mir in der Vorlage nicht geklärt. Bedenklich scheint mir auch die Änderung des § 28 der Verfassung.

Die Debatte ist erschöpft. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. Tagesordnung: Rest der heutigen Tagesordnung: Haftpflicht bei Automobilen, Vogelzuggesetz, Wahlprüfungen.

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Ablehnung von Heids Werken. Zurückziehung der Krüppelsteuer-Resolution.

In der gestrigen Sitzung der Finanzreformkommission wurden die gedruckt vorliegenden Berichte über die Steuerentwürfe festgestellt. Dabei stellte sich heraus, daß der Berichterstatter für die Zigarettensteuerentwürfe, der nationalliberale Pfadfinder der Steuerquellenkommission, Abg. Held, sich seine Berichterstattung außerordentlich leicht gemacht hatte. Sowohl Müller-Julda wie auch Genosse Wollenbührer wiesen nach, daß dem Bericht so ziemlich alles fehle, was geeignet sei, ein anschauliches und zutreffendes Bild der Verhandlungen über die Zigarettensteuer zu liefern. Wollenbührer hob speziell hervor, daß es dem Berichterstatter anscheinend nur darum zu tun gewesen sei, hervorzuheben, welche Verdienste er sich persönlich um das Zustandekommen der Zigarettensteuer erworben und wie er als Berichterstatter oder Antragsteller sich zu den einzelnen Fragen gestellt habe. Nachdem auch Abg. Wiemer

und Schad abfällige Kritik am Bericht geübt hatten, wurde dieser als unzureichend und mangelhaft an den Berichterstatter zurückbewiesen. — Die anderen gedruckt vorliegenden Berichte wurden mit geringen, meist rein redaktionellen Änderungen genehmigt.

Sodann wurde in die zweite Beratung der Resolutionen betreffend Erlassungen für die abgelehnten Vorlagen eingetreten. Die erste betrifft die von den Freisinnigen beantragte Herbeiführung einer Reform der Branntweinsteuer. Diese wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Die zweite Resolution lautet: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Erhöhung der Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung durch Maßnahmen Bedacht zu nehmen, welche 1. die Befestigung der im Orts- und Nachbarverkehr bestehenden Ausnahmestellen für Postkarten, Drucksachen, Warenproben und Geschäftsbriefe, 2. die anderweitige Festsetzung der Gebühren für außerordentliche Zeitungsbeilagen zum Gegenstand haben.“ Dazu stellt Dietrich den Antrag, hinzuzufügen: „die Erhöhung der Gebühren für Telegramme einer größeren Annäherung an die Selbstkosten entsprechend.“

Während Merten (Freis.) die Ablehnung der ganzen Resolution kurz begründete, bekämpfte sie Genosse Singer in längeren Ausführungen von moralischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten aus, indem er für die glatte Ablehnung in der Kommission eintrat, damit die Resolution nicht an das Plenum gelange, da die Verhandlung darüber vor der Öffentlichkeit kaum zur Erhöhung des Ansehens des Deutschen Reiches beitragen könne.

Die Resolution wurde trotzdem in der früheren Fassung angenommen, der konservative Zusatzantrag aber gegen die Stimmen der Antragsteller, der Nationalliberalen und einiger Zentrumsmitglieder abgelehnt.

Alsdann kam die Krüppel- resp. Wehrsteuer-Resolution zur Behandlung. Nachdem der Urheber derselben, Müller-Julda, dazu erklärt hatte, er habe bei der zu Tage getretenen ablehnenden Haltung der Regierungsvertreter diesem Steuerentwurf gegenüber keine Neigung es der Regierung aufzutrotzen und er werde nunmehr dagegen stimmen, fiel die Resolution gegen die Stimmen der Konservativen Nationalliberalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung.

## Ausweisung der Russen.

Wegen der fortgesetzten Ausweisung von Russen beabsichtigt die sozialdemokratische Fraktion eine Interpellation im Reichstage einzubringen.

## Die Maifeier.

Die Arbeitsruhe unter den Schuhmachern Breslaus wird eine starke werden. Auf eine Umfrage in den Fabriken haben sich 500 Schuhmacher zum Ruhenlassen der Arbeit verpflichtet.

Den Steinlegern in Breslau ist von den Meistern als Rache für die Arbeitsruhe Aussperrung bis zum 3. Mai angedroht worden. Sie haben darauf beschlossen, nun erst recht die Arbeit ruhen zu lassen.

In Magdeburg beschlossen die Schneider, die Zimmerer und die Maurer Arbeitsruhe.

Aus Frankreich kommen folgende Meldungen: Paris, 26. April. Der Führer des Arbeiterverbandes, Griffler hatte gestern im „Bois du Peuple“ erzählt, Minister Clemenceau habe ihm gegenüber folgendes geäußert: „Ich weiß, daß am 1. Mai Kundgebungen geplant werden; meine Rolle als Minister des Innern ist es, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu treffen; wir stehen nicht auf Seiten der Barrikaden, ich muß mein Amt als Mitglied der Regierung erfüllen.“

Der Ausschuss des allgemeinen Arbeiterverbandes ließ heute nacht im Hinblick auf die geplante Mailandungungskaufe anfallen, in welchen es heißt, daß die bloße Propaganda für den Aktionstag nunmehr beendet sei, und daß es Sache der in dem Syndikat vereinigten Arbeiter sein werde, diese Forderung auch zu verwirklichen, und zu diesem Zwecke nötigenfalls einen Gesamtausschuss zu veranstalten.

In der Pariser Bevölkerung, besonders in den wohlhabenden Kreisen macht sich angesichts der täglich mehr um sich greifenden Streikbewegung große Beunruhigung geltend. In verschiedenen Stadtvierteln haben die Reichsdeutsche Besoldungen, am 1. Mai ihre Türen nicht zu öffnen. Bäder, Fleischer usw. gaben, wie Blätter melden, ihren Kunden den Rat, sich bereits am 30. April mit Vorräten und Lebensmitteln zu versehen. Die Regierung hat umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um am 1. Mai die Ruhe aufrecht zu erhalten. „Figaro“ zufolge wird die 15 000 Mann starke Pariser Garnison um 6000 Mann Kavallerie und 20 000 Mann Infanterie im Hinblick auf die Mailandungung verstärkt. Die Truppen, welche zumeist den Garnisonen des Westens und des Zentrums entnommen wurden, sind teilweise bereits in Paris eingetroffen.

Der Ausschuss der Bauunternehmer bewilligte in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung 1 Million Frank für die Prozesse, welche die Unternehmer, die ihre Arbeiter wegen des Ausstandes am 1. Mai entlassen wollen, eventuell zu führen hätten.

(Schon an den Uraniasäulen mitgeteilt.) Paris, 26. April. Das „Echo“ meldet: Auch die Unternehmer beschlossen ihrerseits heftigen Widerstand gegen die geplanten Arbeitseinstellungen zu leisten. Sie erklärten, jeder Arbeiter, der am 1. Mai nicht arbeite, habe sich als entlassen zu betrachten. Die Verstärkungen der Pariser Garnison bringen ihre Zahl auf 60 000 Mann.

## Aus der Partei.

Eine Protestversammlung gegen das Blutbad zu Breslau haben die Genossen von Halle a. d. Saale am Donnerstag abgehalten.

Gemeindevorwahl. In der Stadt Weinheim (Waden) erlangen unsere Parteigenossen bei den Bürgerwahlen in der dritten Klasse einen glänzenden Sieg über die vereinten Gegner. Es fielen von den 650 abgegebenen Stimmen 450 auf den sozialdemokratischen Vorschlag; dadurch ziehen — gegenüber den drei bisherigen — 14 Genossen in diesen städtischen Verwaltungskörper ein; in drei Jahren erobern wir auch die andere Hälfte der Vertretung dieser dritten Klasse.

Personalien. In die Redaktion des Stettiner „Volksboten“ tritt am 1. Mai für den auscheidenden Genossen Faber der Genosse Pajehl aus Wolgast ein.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Und immer noch verpuffte Staatsaktionen. Das Strafverfahren gegen die Genossin Zieg, das von der Staatsanwaltschaft in Erfurt auf Grund des § 180 angestrengt worden war, ist eingestellt worden.

Ebenso hat die Strafkammer zu Göttingen den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Genossen Dörnick in Hannover des als Drucker des Wahlrechtsflugblattes und die Genossen Janzen und Lohmann in Einbeck wegen Aufreizung und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, gegen die beiden letzteren auch wegen unerlaubter Druckschriftenverbreitung abgelehnt.

Eine Freisprechung erstellte am Mittwoch der Genosse Wittmann a. d. von der Magdeburger, „Volksstimme“ vor dem Magdeburger Landgericht. Er sollte im Weihnachtsartikel „Eine Christpredigt“ eine Aufreizung begangen haben, die der Staatsanwalt mit 3 Monaten Gefängnis bestraft wissen wollte.

Strafkonte der Presse. Wegen Verleumdung eines Arztes war Genosse Schotte, als verantwortlicher Redakteur

unseres Dasselbacher Parteiblattes, vom dortigen Schöffengericht zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte nicht den Beweis erbringen können, daß der Arzt einen Unfall, durch den eine Uebertretung der Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiterinnen erwiesen wurde, deshalb nicht gemeldet habe, um den Fabrikanten der Strafe zu entziehen. Die Strafkammer als Berufungsinstanz setzte die Strafe auf 70 M. herab.

## Die Revolution in Rußland.

### Der Wolf im Schafspelz.

Was zu erwarten war, ist eingetroffen: die R. D. begnügen sich nicht mit ihrem Wahlerfolg, der sie der Regierung gegenüber gestärkt hat, sie versuchen nun auch mit ihrem zweiten, viel gefährlicheren Gegner fertig zu werden — dem revolutionären Proletariat. Um sich aber ihren Ruf als „Volksfreunde“, als „Vertreter der Interessen des ganzen Volkes“ nicht zu gefährden, können sie nicht für Gewaltmaßnahmen eintreten; man versucht es daher auf andere Weise — mit der Korruption der Arbeiterklasse, denn anders kann nicht das Bestreben genannt werden, sie vom Wege einer selbständigen Klassenpolitik abzulenken. Um einen solchen Versuch der geistigen Vernechtung des Proletariats an die liberale Bourgeoisie handelt es sich bei der von den R. D. herausgegebenen Zeitung „Arbeiterwort“, deren erste Nummer vor einigen Tagen erschienen ist und die allein genügenden Aufschluß über die „Arbeiterpolitik“ der R. D. gibt.

„Immer langsam voran!“ dies ist die Devise der neuen Zeitung: „Schritt für Schritt, nach und nach“ muß die Arbeiterklasse vorwärtsstreben, in ihrem alltäglichen Kampfe, und ihre vornehmste Stütze darin sind die Gewerkschaften, die das Rückgrat einer jeden starken Arbeiterbewegung bilden und deren Recht auf selbständige Existenz wir energisch verteidigen werden.“ Durch eine solche Erklärung, die den politischen Kampf beiseite schiebt, wird die Arbeiterbewegung von vornherein in den Rahmen eines engen Professionalismus eingewängt, der zur Tugend und zum Prinzip erhoben wird. Die russischen Liberalen versuchen es ihren englischen Brüdern nachzumachen: sie wollen die Arbeiter zu Kurgewerkschaftlern, zu Trade-Unionisten erziehen und ihre politische Betätigung nur so weit zulassen, als es den Absichten der R. D. entspricht. Schon jetzt sehen wir, wie die R. D. den Arbeitern Plätze in der Duma einräumt, wenn sie ihr ihre Unterstützung gewähren. Durch diese, von den Liberalen abhängigen und ihnen blind folgenden Arbeitervertreter will man dem Proletariat einen Schein politischer Betätigung geben, gleichzeitig aber will man mit Hilfe der unter liberalem Einfluß stehenden Gewerkschaften den Horizont der Arbeitermassen durch ausschließlich ökonomische Interessen begrenzen. Die versprochene Selbständigkeit der Gewerkschaften bezieht sich natürlich nur auf die Sozialdemokratie, der überhaupt jedes Recht, sich „Arbeiterpartei“ zu nennen, abgesprochen wird, die „eine Gruppe von Intellektuellen“ genannt wird, die mit ihrer „unmarxistischen“ Taktik die ganze Arbeiterbewegung in eine Sackgasse festgerannt haben usw. Natürlich hat dieses Vorgehen den einzigen Zweck, das Proletariat der Sozialdemokratie abspenstig zu machen, denn die R. D. wissen es wohl, daß, solange diese „starrten Dogmatiker“ ihren Einfluß auf die Arbeitermassen behaupten, es ihnen nimmer gelingen kann, dieselben sich dauernd zu vernechten. Deshalb kann man mit Fug und Recht erwarten, daß das „Arbeiterwort“ schließlich zu einem Organ zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ausarten wird. — Da aber einmal die Idee des Sozialismus in den Arbeitermassen sehr verbreitet ist, so sehen sich die R. D. gezwungen, eine kleine Konzeption zu machen, und im Credo der Redaktion wird zum Schluß etwas vom Sozialismus gefaselt, als von einer „auf sozialer Gerechtigkeit fußenden Gesellschaftsordnung“, welche eben „nach und nach, Schritt für Schritt“ usw. erreicht werden kann. Es ist mehr als selbstverständlich, daß in der ganzen Zeitung kein Sterbenswörtchen von Klasseninteressen, Klassengegensätzen und von Klassenkampf zu lesen ist, denn dies ist ja gerade das Bestreben der R. D., jeden Begriff über diese ihre bourgeoise Herrlichkeit bedrohenden Dinge, mit Stumpf und Stiel aus den Köpfen der Arbeiter auszurotten.

### Zur Verhütung der Arbeitslosen.

Petersburg, 25. April. (Melbung der Petersburger-Telegraphen-Agentur.) Deputationen des Hilfskomitees der Arbeitslosen und der Arbeitslosen selbst, deren Zahl nach ihrer eigenen Schätzung fast 20 000 beträgt, forderten heute die Petersburger Stadtverwaltung auf, ihnen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Es wurde ihnen eine Beihilfe versprochen, und obgleich für das laufende Jahr keine städtischen Arbeiten vorgezogen waren, werden die wirklich arbeitswilligen Arbeiter, deren Zahl sehr übertrieben wird, volle Beschäftigung erhalten. In den Arbeitervierteln herrscht vollständige Ruhe. Die Stadtverwaltung hat zwei bis drei Millionen Rubel für städtische Arbeiten bewilligt, wovon 500 000 Rubel den Arbeiterorganisationen überwiesen werden sollen. Es soll eine Kommission unter Mitwirkung der Arbeitslosen und verschiedener öffentlicher Organisationen eingesetzt werden.

## Soziales.

### Der Bezirksausschuß zu Potsdam über die Rechtsstellung der Gärtner.

Im „Vorwärts“ vom 7. Januar d. J. legten wir dar, wie verschiedenartig heute die Rechtsstellung der Gärtner von den Gerichten und Behörden beurteilt werde. Wir teilten bei der Gelegenheit mit, daß die Organisation der Gärtner, der Allgemeine deutsche Gärtnerverein, auch die damals bevorstehende Gewerbegerichtsbeisitzerwahl in Charlottenburg benutzen wolle, um zu einer größeren Klarstellung in der Sache zu kommen.

Der Verein hatte gerechnet: Der Magistrat von Charlottenburg (als die Wahlen ausführende Behörde) sowohl wie auch das Charlottenburger Gewerbegericht bezw. dessen Vorsitzender vertreten den ortsüblichen Standpunkt, den vor etwa 10 Jahren die 7. Kammer des Gewerbegerichts Berlin dahin präzisiert hat, daß nur die im Laden, Markthallenstand oder Vorgärten (z. B. als Kranzbinden) beschäftigten Gärtner als Gewerbegehülfen anzusehen sind, während die Gärtner, deren Tätigkeit im Freien, also in einem der Landwirtschaft ähnlichen Betriebe, namentlich in Baumgärten, Gemüsegärten und auch in Treibhäusern, aus-

geübt wird, nicht Gewerbegehülfen sind und dem Gewerbegericht deswegen die Zuständigkeit mangelt.“

Stellen wir, so argumentierte der Verein, jetzt einen Gärtnergehülfen mit zur Wahl, der in dem dort angenommenen Sinne landwirtschaftlicher Arbeiter ist, so wird der Magistrat die Befähigung im Falle der Wahl verweigern und ist dann gegen die Verlegung Beschwerde einzulegen und eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts schließlich herbeizuführen.

Der Gärtnergehülfe, Landhofsagärtner seines Reichs, wurde mit gewählt. Wider Erwarten erhielt er vom Magistrat seine Bestallung! Damit schien der Hauptzweck der unternommenen Aktion erreicht. Indes war nun wenigstens noch der Vorsitzende des Gewerbegerichts konsequent, der erfreulicherweise gegen die Wahl beim Bezirksausschuß in Potsdam Beschwerde einlegte. Und nun zeigte sich, daß bereits diese Instanz einen Standpunkt einnimmt, der jenem des Charlottenburger Magistrats und des Gewerbegerichtsvorsitzenden entgegensteht. Der als Gewerbegerichtsbeisitzer gewählte Gärtnergehülfe erhielt nämlich unter dem 14. April d. J. eine Zustellung vom Gewerbegericht Charlottenburg dieses Inhalts:

„Auf die Beschwerden gegen die Gültigkeit der am 29. Januar 1906 abgehaltenen Wahlen der Beisitzer für das Gewerbegericht in Charlottenburg hat der Bezirksausschuß zu Potsdam wie folgt entschieden:

Die Beschwerde des Vorsitzenden des Gewerbegerichts gegen die Wahl des Gärtnergehülfen Paul Penschke im 1. Wahlbezirk wird abgewiesen. Es kann nicht anerkannt werden, daß Penschke in einem landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt ist, da der Landhofsagärtner Schröder (Unternehmer, bei dem P. in Stellung ist, D. R.) hauptsächlich nicht selbstgenommene Pflanzen veräußert, sondern gekaufte Gewächse und andere Gegenstände für gärtnerische Anlagen zum Wiederverkauf herichtet. Mit dem Anzichten von Pflanzen, welche Schröder in geringem Umfange betreibt, hat Penschke nichts zu tun gehabt. Er muß also als gewerblicher Arbeiter angesehen werden.“

Es wäre vom Standpunkt der Gärtner aus zu wünschen, daß der Charlottenburger Gewerbegerichtsvorsitzende die Gelegenheit einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts noch herbeizuführen hilft, weil eine Bestätigung der Auffassung des Bezirksausschusses durch den höchsten Verwaltungsgerichtshof im Interesse der Gärtner liegt.

Ueber die Topfpflanzen-, Frühbeet- und Treibhausgärtnererei seine Auffassung auszusprechen, hatte der Bezirksausschuß im vorliegenden Falle keine Gelegenheit. Wenn es auch scheint, als lasse die Stelle von den „selbstgenommenen Pflanzen“ darauf schließen, als stelle sich der Bezirksausschuß bezüglich jener Zweige der Charlottenburger Gewerbegerichts an die Seite, so ist dennoch nicht unmöglich, daß bei der erwähnten Differenzierung der Bezirksausschuß ebenfalls die Merkmale eines Gewerbebetriebes erkennen würde, was z. B. auch das Kammergericht in einigen Fällen schon getan. Für diesmal wäre festzustellen: Der Bezirksausschuß in Potsdam erklärt die Landhofsagärtnererei (das ist Herstellung und Unterhaltung von Ziergärten und diversen größeren Anlagen im Werbetriebe) als einen Gewerbebetrieb. Und das mit vollem Recht. Der Landhofsagärtner übt eine Tätigkeit aus, die in ihrer wirtschaftlichen und technischen Natur ganz und gar neben dem Bau- und Dekorationsgewerbe steht: der Garten, d. h. der Lust- und Ziergarten, ist erweiterte menschliche Wohnung und muß in diesem Sinne von dem Landhofsagärtner als gewerblicher Arbeiter angelegt und unterhalten werden.

### Peitschenstoß kein gefährliches Werkzeug gegen Landarbeiter.

Ueberrühmte rohe Behandlung der Landarbeiter ist in Schlesien nichts Außergewöhnliches. Es liegt kein öffentliches Interesse vor, gegen diese einzuschreiten. So etwa ist die Ansicht der Staatsanwaltschaft in Breslau, die sie sich aus der nachstehend unserm Breslauer Bruderorgan entnommenen Verhandlung heraushebt.

Auf dem Dominium Gudelwitz bei Breslau war der 16-jährige Arbeiter Raprochly durch den Leutenantführer Haupt aus einem geringfügigen Anlaß geohrfeigt, mit dem ungeschulten Peitschenstoß auf den Kopf und Schultern geschlagen und außerdem am Halse derart genörgelt worden, daß Blut aus der duragegriffenen Haut floß. Die Eltern des also Mißhandelten stellten gegen den Kauscher Strafantrag, der Staatsanwalt lehnte es aber ab, Anklage zu erheben; ein umgekehrter Peitschenstoß ist eben in der Hand eines „Vorgelegten“ kein gefährliches Werkzeug. Zur Erhebung einer Anklage wegen einfacher Verlesung fehle ein öffentliches Interesse.“ Die Eltern waren somit auf den Weg der Privatklage angewiesen und beantragten deshalb beim Amtsvorsteher die Ausfertigung des für sie erforderlichen Armutsscheines. Amtsvorsteher von Gudelwitz ist aber der Besitzer obigen Gutes, ein Herr v. Heineken, und es ist klar, daß dieser seinen Votz nicht gern bestraft sehen wollte. Er verweigerte den Eltern die Ausfertigung des Armutsscheines, und erst auf eine Beschwerde beim Landrat wurde es ihnen erteilt. Nun erst konnte der Leutenantführer vor die Schranken des Gerichts gezwungen werden. Er ist aber sehr billig davongekommen. Denn das Breslauer Schöffengericht erkannte in seiner gestrigen Sitzung „in Anbetracht der großen Noth“, die der Beklagte an den Tag gelegt hat, auf — dreißig Mark Geldstrafe.

§§ 227, 229, II, 7 des Allgemeinen Landrechts für Preußen erklären „die Erteilung von Stockschlägen“ dem hiesigen Gesandtenart der 18. Jahrhundert gegenüber für „gefügig“. Dasselbe wiederholt das Publikandum vom 8. April 1899 für Schlesien. Rohe Stockschläge mittels eines umgekehrten Peitschenstoßes zu verabsolgen, liegt nach Annahme des Staatsanwalts aus dem Jahre 1906 nicht im „öffentlichen Interesse“. Wie wäre die Ansicht der Staatsanwaltschaft, wenn einer seiner Vertreter oder ein Amtsvorsteher oder ein Gutsbesitzer mit einem umgekehrten Peitschenstoß verprügelt würden? Würde dann auch der Peitschenstoß nicht als gefährliches Werkzeug erachtet oder eine Strafverfolgung wegen Mangels eines öffentlichen Interesses abgelehnt werden?

Dringend tut es, der entsetzlichen Noth, die sich in der Annahme eines Prügelrechts gegen Landarbeiter kundgibt, und der Erleichterung der Strafverfolgung durch Landarbeiter entgegenzutreten. Selbsthilfe durch gewerkschaftliche und politische Organisation, insbesondere durch Gewährung von Rechtschutz und intensives Hinarbeiten auf Vereitigung der ausnahmerechtlichen Stellung der Landarbeiter ist zur Lösung der wirtschaftlichen, rechtlichen und sittlichen Lage der Landarbeiter dringend erforderlich.

### Zwang zum Streikbruch.

Der nationalliberale Stadtrat von Leipzig hat einer Leipziger Privatgesellschaft nicht nur städtische Arbeiter als Streikbrecher geliefert, sondern diese, weil sie nicht ehelos werden wollten und die Streikarbeit zu verrichten ablehnten, einfach auf Pfosten geworfen.

Am 8. April waren die Arbeiter der Leipziger Dünger-Exportgesellschaft zu streiken gezwungen worden und am 9. April kommandierte der Stadtrat bereits 12 Schleusenreißer zum Verhüten der Streikarbeit, anstatt von der Gesellschaft einfach die Erfüllung des Vertrages zu verlangen. Als sich die städtischen Arbeiter weigerten, ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, wurden sie auf der Stelle entlassen und sofort wurden 12 andere städtische Arbeiter zum Streikbruch kommandiert. Nur einer gehorchte, die übrigen lehnten die ihnen zugewiesene Rolle ab und teilten darauf das Schicksal ihrer Kollegen. Da die städtischen Arbeiter in Leipzig gut organisiert sind, war es selbstverständlich, daß sich die Organisation der 14 Tage vor Ostern auf Straßenspazier geworfenen Mitglieder annahm. Aber alle Bemühungen scheiterten. In der Leipziger Stadtverordnetenversammlung am Dienstag wurde vom Bürgermeister unverhüllt ausgesprochen, daß die Leute aus Gründen der Disziplin nicht wieder eingestellt würden. Die Maßnahme des Rates, das ging aus der Verantwortung der Interpellation hervor, war zugleich und sogar in erster Linie ein Schlag gegen die Gemeindeförderorganisation.

Als alle Bemühungen, die Entlassung rückgängig zu machen, zu scheitern schienen, wollte die sozialdemokratische Stadtverordnetensfraktion bereits vor 14 Tagen eine Interpellation über die Maßnahmen im Kollegium einbringen, da rief der Oberbürgermeister einem Mitgliede der Fraktion, die schwebenden Verhandlungen durch die Einbringung nicht zu stören, er wolle sich sowohl für die Verlegung des Streiks als auch der Differenzen mit den städtischen Arbeitern verwenden.

Der Streik bei der Dünger-Export-Gesellschaft wurde durch Vermittelung des Gewerbeamtes und durch das Entgegenkommen der Arbeiter beigelegt, aber an die Wiedereinstellung der Entlassenen dachte der Stadtrat nicht im Traum.

In der Begründung der nunmehr am Dienstag zur Besprechung gelangten Interpellation zeigte unser Genosse Lüttich, welche Wirkung diese Maßnahme in der Arbeiterschaft habe. Hätte der Rat der Sache neutral gegenübergestanden, so hätte er von der Gesellschaft nicht anderes als die Erfüllung des mit ihm abgeschlossenen Vertrages zu verlangen, so aber habe er in der einseitigen, unerhörten Weise für die Gesellschaft und gegen die Arbeiter Stellung genommen. Um allem aber die Krone aufzusetzen habe er auch noch die Leute entlassen, die sich gewweigert hätten ehelos zu werden. Tausenden von bisher indifferenten Arbeitern habe es aber die Augen geöffnet, wer den Klassenhof säure.

Was der Oberbürgermeister Tröndlin, der ehemalige nationalliberale Vertreter der Stadt Leipzig im Reichstage, auf die Interpellation antwortete, verdient aber der Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden, weil es einen wertvollen Beitrag zum Verständnis der parteilichen Unternehmerrassenspolitik in der Kommune liefert. Seine arbeiterfeindliche Rede leitete Herr Tröndlin mit dem das Kollegium direkt brüskierenden Satz ein, daß das Hinantworten der städtischen Arbeiter die Stadtverordneten gar nichts anginge, ihnen schulde der Rat keine Rechenschaft für seine Handlungswelt. Wie die Ramecluden liegen sich dies die bürgerlichen Stadtverordneten sagen, nur der Vorleser zweifelte mit höflichen Worten diese Brückierung an. Unser Genosse Lange hielt dem Stadtoberhaupt dann zunächst eine Vorlesung über die Städteordnung, wonach die Stadtverordneten nicht nur berechtigt, sondern zur Entgegennahme von Beschwerden von Beamten und Arbeitern verpflichtet seien und sie dem Rate zur Verächtlichmachung zu überweisen hätten. Gewaltig entriß er Tröndlin darüber, daß dem Rat in dem Streik eine neutrale Stellung einzunehmen zugemutet wurde. Emphatisch rief er aus: „Man hätte uns von der anderen Seite (das heißt von Unternehmern) die heftigsten Vorwürfe gemacht, wenn wir der Gesellschaft nicht gehorcht hätten, als sie uns darum anging.“ Für die Nichtwiedereinstellung der Arbeiter sei die Solidaritätserklärung der Gemeindefördervereinsammlung und die dort beschlossene Resolution maßgebend, wonach die übrigen städtischen Arbeiter in einem gleichen Falle wie die Entlassenen zu handeln versprochen.“ Wären die städtischen Arbeiter zu uns gekommen, meinte der Oberbürgermeister weiter, und hätten erklärt: Wir weigern uns aus Angst vor dem Terrorismus der Organisation, die Streikarbeit zu machen, wir hätten sie wieder eingestellt. Zu uns sollen sie mit ihren Beschwerden kommen, nicht zur Organisation.“

Wie sie beim Räte mit ihren Beschwerden aufgehoben sind, davon wurde in der Stadtverordnetenversammlung ein drastischer Beweis von unseren Genossen beigebracht. Ein städtischer Arbeiter wandte sich mit einer Beschwerde über einen Vorgelegten an einen bürgerlichen Stadtverordneten, der sie dem Stadtrat Franzke zur Erledigung gab. Dieser schickte sie an die Staatsanwaltschaft mit dem Antrag auf Strafverfolgung. Der Arbeiter wurde vom Schöffengericht wegen Verleumdung seiner Vorgelegten bestraft und dann auch noch von der Stadt entlassen. Die Stadtverordnetenberhandlung schloß mit der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, die Sache der entlassenen Arbeiter durch den Rat weiter verfolgen und dann Auskunft über den Ausgang zu verlangen. Am Schandpfahl aber steht die „liberale“ Stadtverwaltung, die die städtischen Arbeiter vor die Alternative stellt: Entweder ehelos oder arbeitslos.

## Verfammlungen.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands. Der Ortsverein Berlin hielt am 25. April im Gesellschaftshaus Berliner Künstler seine Generalversammlung ab. Zunächst wurde die Abrechnung vom ersten Vierteljahr verlesen. Die Einnahmen samt dem alten Bestand beliefen sich auf 77 407,76 M., die Ausgaben auf 7889,19 M., so daß der Bestand am Vierteljahresabschluss 69 518,57 M. betrug. Die Versammlung erteilte dem Kassierer Imhoff einstimmig Decharge. Als Revisor wurde Heller gewählt. Sodann berichtete Alhelm über den 7. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und daran schloß sich der Bericht von der 15. Konferenz der Maurer Deutschlands, den Zeglin gab. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit den Beschlüssen des Kongresses wie der Konferenz einverstanden. In die Geschäftskommission der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands wurden Rehle, Alhelm, Zeglin und Hoch gewählt. Unter Vereinsangelegenheiten wurde zur Sprache gebracht, daß die Maurer auf dem Bau von K e m p n i k i in der Leipzigerstraße den ganzen Winter hindurch täglich 9 Stunden und noch länger arbeiteten, ja, sogar Tag- und Nachtschicht einführten. Auf Antrag des Ausschusses und Vorstandes wurde das Verhalten dieser Kollegen von der Versammlung einstimmig gerügt. — Zum Schluß machte der Vorsitzende Worte auf die Ratfetter aufmerksam, die selbstverständlich durch allgemeine Arbeitsruhe begangen wird. Am Sonnabend wird in den Zahlstellen ein Flugblatt ausgegeben, das am Montag verbreitet werden soll. Am Dienstag treffen sich die Vereinsmitglieder in ihren Zahlstellen vormittags 8 Uhr und begeben sich von dort nach dem Versammlungslokal in der Brauerei Königstadt.

**Teures Fleisch — billige Seefische!!**  
Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend!  
Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen  
**Seefisch-Kochbücher gratis.**  
**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**  
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.  
Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 6804.  
Verkaufs-Niederlagen:  
Prinzenstraße 30 | Madalstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53  
(am Moritzplatz) | (im Schlesienschen Bahnhof) | (der Kurzenstr. gegenüber).

Wir empfehlen besonders:  
**Gr. Sehellfisch mit Kopf 27**  
im Anschnitt 35 Pf. p. Pfd.  
**Kabeljau ohne Kopf 20**  
**Seelaehs mit Kopf 20**  
im Anschnitt 25 Pf. p. Pfd.  
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

## Sonntag, den 29. April, vormittags pünktlich 10 Uhr. Branchen-Versammlung

der Eisen-, Metall- und Revolverdreher  
im „Vereinshaus Berliner Musiker“, Kaiser Wilhelmstraße 18 m.  
Tages-Ordnung:

1. Die Entlassung der Kollegen bei der Firma Stolzenburg.
  2. Diskussion. 3. Jahresbericht der Branchenkommission. 4. Diskussion.
  5. Neuwahl der Branchenkommission. 6. Verschiedenes.
- Wir erwarten, daß alle Kollegen erscheinen.

Sonntag, den 29. April, abends 6 Uhr, in den Industrie-Festsälen,  
Schillingstraße 18/21:

## Branchen-Versammlung

aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten  
Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser.  
Tages-Ordnung: 117/14  
Professions-Boch der Genossen P. R. Grempe über: „Die  
Freiheitskämpfe in Russland“ mit über 60 Lichtbildern.  
Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz.  
NB. Zur Deckung der außergewöhnlichen Ausgaben wird ein Entgelt  
von 30 Pf. gegen Verabreichung eines Programms erhoben. Rauchen  
während des Vortrages verboten. Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Achtung!**  
Sonntag, den 29. April, nachmittags 6 Uhr, in den Berlin-Festsälen,  
Schönhauser Allee 26:

## Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Der Bucherlaß und seine Abwehr. Referent: Genosse Alb. Störmer.  
2. Diskussion.  
Nachdem: Geselliges Beisammensein und Tanz.  
Um zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen wird gebeten.  
Z. A.: Julius Stange.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.  
Sektion der Gips- und Zementbranche.  
Gruppe: Zementierer.

Sonntag, den 29. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer Nr. 15:

## Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Hermann Knüpfer über Bauarbeiterlohn.  
2. Diskussion.  
3. Gemütliches Beisammensein und Verschiedenes.  
NB. Alle Kollegen, welche in der Zementbranche arbeiten, haben die  
Pflicht, mehr als bisher für einen guten Besuch der Gruppenversammlung  
zu sorgen, und fordern wir alle Kollegen auf, der interessanten Tages-  
ordnung wegen in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Mittgliedsbuch legitimiert.  
143/7\* Der Gruppenvorstand.

## Tischler-Verein. E. H. 89.

Sonntag, den 28. April, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: Kassenbericht vom 1. Vierteljahr; Bericht der  
Vollversammlung und wichtige Kassen- und Vereinsangelegenheiten.  
Ohne Mitgliedsbuch keinen Einlaß.  
Der Vorstand.

# New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt. Erhältlich in jeder besseren  
Fahrradhandlung. Millionen im Gebrauch.  
Engros-Vertrieb: Romani Talbot, Berlin S.

## Kleine Anzeigen

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pf. Stellen-gesuche  
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort  
(festgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben  
zählen doppelt.

**Verkäufe.**  
Gardinen. Versandhaus Ver-  
salerstraße 11/12 Saison-Ausnahme-  
preise für Gardinen, Stores, Bett-  
decken, Vorhänge, Tischdecken. Reste  
enorm billig. 1435R\*

Steppdecken billig! Großes  
Frankfurterstraße 9, parterre. 141

Teppiche! (schlechte) in allen  
Größen für die Hälfte des Wertes  
im Teppichlager Braun, Fischer-  
straße 4, Bahnhofs Böse. 263/3

Herrenfahrrad, Damenfahrrad,  
sole neu, 45/00. Holz, Blumen-  
straße 35b. 1427R\*

Möbel, Gelegenheitskäufe, neue  
und gebrauchte billig Lindenstr. 247 I.

Fahrräder, Teilzahlungen. Berg-  
straße 28, Stallstraße 40. 1415R\*

Teppiche mit Gardinenleinen, Kasset-  
ten, Kleider, Große Frankfurterstraße 9,  
parterre. 141

Möbelverkauf. Wegen Auf-  
gabe des Geschäftes Wallstraße 81:  
Küchenschrank, Bettsofa, 28 Karz,  
Bücherregal 27, Ausziehliche Sofa, 17,  
Büchertische, Kommode 21,  
Schleife mit Federmatte und Reiß-  
haken 29, englische Schlafzimmern,  
moderne Küchenschrank. Auch Teil-  
zahlung. Transport in Berlin und  
Vororten frei. 117/17\*

Hochvornehme Herrenanzüge,  
Sommerpaletots, die aus feinsten  
Wollstoffen gefertigt wurden, 18 bis  
38,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft  
täglich, Sonntags. Deutsches Ver-  
sandshaus, Köpenickerstraße 63, 1. Trepp.

Parteilokal, Zentrum, Bah-  
nverbin, Kahlstraße, Verband, Zentral-  
verkeftrakt der Radfahrer, ist zu ver-  
kaufen. Ankauf bei Leo Ostrowski,  
Schillingstraße 24. 1485R\*

Teilzahlung, Teppiche, Betten,  
Kübel, Gardinen, Spiegel, Stepp-  
decken, Bilder, Tischdecken, Remon-  
taturen, Uhrreparatur, Freischwinger sport-  
billig. Lude, Grünbergweg 113.

Gardinenhaus Große Frankfurter-  
straße 9, parterre. 14

Monatsanzüge und Sommer-  
paletots von 5,00 an, Hosen von  
1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00  
an, Fracks von 2,50 an, sowie für  
formulente Figuren. Neue Garderobe  
zu staunend billigen Preisen, aus Hand-  
gezeichneten verarbeiteten Sachen, kauft man  
am vorteilhaftesten bei Rob. Mühl-  
straße 14. 1419R\*

Betten, Stand 11,00, zweifach, 16,  
16,00 Karz, Handgele, Gubener-  
straße 2. 149R\*

Stittener Nähmaschinen, anerkannt  
beste Fabrikate, Adler, Schneidm-  
schleifer, Bobbin, Ringlohn, Langschiff, wöchent-  
lich 1,00, ohne Anzahlung, fünfjährige  
Garantie, gebraucht 12,00, sonstige  
Postkassette, Barthauserstraße 67, Wiener-  
straße 6, Adlerstraße 111. 1442R

Möbel, Kleiderkasten, Sofas,  
Bettstellen, reelle Matratzen, Küchen-  
möbel, hochbillig. Geopartige Aus-  
wahl. Sonntags Möbelverkauf, Frank-  
furterstraße 50, kein Laden 1400R\*

# Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.  
Die nächsten Branchensammlungen finden an nachfolgenden  
Tagen statt:

- Geschirrbrenner: Mittwoch, den 2. Mai.
- Taschen, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag,  
den 3. Mai.
- Linoleumleger und Teppichnäher: Donnerstag, den 3. Mai.
- Wagenbranche: Mittwoch, den 2. Mai.
- Eisenmöbel- und Lederstuhlpolsterer: Mittwoch, den 2. Mai.
- Sektion Charlottenburg: Montag, den 30. April.

## Achtung! Treibriemenbranche! Achtung!

Der Krankentagesversammlung wegen findet die Branchensammlung  
ausnahmsweise am Donnerstag, den 3. Mai, im Lokale von P. Aghon,  
Pflanzstr. 5, statt. 156/16

## Achtung! Militärbranche! Achtung!

Der Krankentagesversammlung wegen findet die Branchensammlung  
erst am Sonnabend, den 5. Mai, im Gewerkschaftshaus, Saal VII, statt.  
Die Kollegen werden ersucht, diese Branchensammlungen zahlreich zu  
besuchen. Die Ortsverwaltung.

# Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein

Ortsverwaltung Gross-Berlin.  
Sonntag, den 29. April 1906, abends 7 1/2 Uhr:  
**Maifeier**

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15.  
Die Kollegen mit ihren Angehörigen werden ersucht, sich zahlreich einzufinden.  
292/8\*

f. Piano 50 R., bis 9 ab. schnell p. Weidenweg 12 II. Wohn. fr. d. Trödelg. I.  
verf. Geschl. 32, Dittich.

## Achtung! Bauschlosser! Achtung!

Seit Freitag, den 6. April früh stehen die Kollegen in 21 Werkstätten im Streik.  
Die übrigen in Betracht kommenden Firmen haben bewilligt, darunter auch  
eine Anzahl Innungsfirmen.  
Von Montag, den 9. April ab, dürfen sämtliche Bauschlosser nur noch mit  
Berechtigungskarten arbeiten, diese sind Sonnabend, den 7. April den Vertrauensleuten  
angehängt. — Die Bauarbeiter ersuchen wir, uns dadurch zu unterstützen, daß sie  
die auf die Bauten kommenden Schlosser nach den Arbeitsberechtigungskarten fragen.  
Jeder Schlosser ohne Karte ist als Arbeitswilliger zu betrachten.  
Des weiteren machen wir alle Bauschlosser darauf aufmerksam, daß ohne  
Zustimmung des Streikkomitees nirgends die Arbeit niedergelegt werden darf.

117/15 Das Streikkomitee. Cohen.

**BRENNABOR**  
DIE MARKE „BRENNABOR“ geniesst einen WELTRUF  
Seine hervorragenden Eigenschaften  
erheben dieses Fabrikat zum  
**besten FAHRRAD**  
der Welt.  
BRENNABOR-WERKE, BRANDENBURG A. H.  
Filiale Berlin W., Kronenstraße 11.

# Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 28. April, abends 7 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche Generalversammlung**

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8.  
Fortsetzung der Tagesordnung der letzten Generalversammlung.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Beiträge werden entgegengenommen. — Zahlreicher Besuch  
wird erwartet.

## Achtung! Achtung! Konsumenten der Norddeutschen Eiswerke!

Die Käufer, Käufer und Arbeiter  
der Norddeutschen Eiswerke befinden  
sich seit Montag, den 24. April, im  
Kussland. Dieselben hatten ihre  
Direktion um eine Lohnzulage ge-  
beten, aber keine Antwort erhalten.  
Eine nochmalige Vorstellung wurde  
Berhandlung lehnte die Direktion  
schroff ab. Wir bitten die verehrlichen  
Konsumenten der Norddeutschen Eis-  
werke, bis auf weiteres ihre Waren  
nur von Firmen entnehmen zu lassen,  
deren Arbeiter menschenwürdige Löhne  
erhalten. 68/3

Zentral-Verband der Handels-,  
Transport- und Verkehrsarbeiter  
Deutschlands.  
Verwaltungsstelle Berlin.  
„Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 II.

## Bekanntmachung.

Die von der Generalversammlung  
am 24. Oktober 04 beschlossene IV. Ab-  
änderung des Statuts ist vom Herrn  
Vizepräsidenten genehmigt und  
tritt dieselbe, wie bereits durch Statuten  
bekannt gegeben, mit dem 30. April  
b. J. in Kraft.  
Wir bitten darauf zu achten, daß  
von diesem Tage ab der Beitrag für  
die I. Klasse 50 Pf. und das Kranken-  
geld 15,00 R. pro Woche beträgt.  
Die bisherige I. Klasse wird II., die  
II. wird III., die III. wird IV., die  
IV. wird V. Klasse.  
Berlin, den 17. April 1906.  
Der Vorstand. 273/13  
Z. A.: Albert Kirchmann,  
Vorstand.

## Innungs-Frankenkasse der Glaser-Zwangs-Innung zu Berlin.

## Bekanntmachung.

Nach erfolgter Neuwahl setzt sich der  
Vorstand nunmehr wie folgt zu-  
sammen:  
Herr Albert Kirchmann, 1. Vor-  
sitz.  
Herr August Böder, 2.  
Herr Ed. Pulvermacher, 1. Schriftf.  
Herr Karl Heile, 2.  
Herr Herrm. Schmidt, Standstf.  
Herr Siegel, Gustav Jengler u. Wilh.  
Döring, Beisitzer. 273/12  
Berlin, den 20. April 1906.  
Albert Kirchmann, 1. Vorsitzender,  
Berlin W. 66, Rauerstr. 89 Hof II.

## Sommersprossen

entfernt vollständig und gründlich nur  
mein unschätzbliches Spezialmittel neben  
Spezialsalbe u. wasserabkühlendem Ba-  
den „Die Sommerprossen“ Mk. 2,50  
Otto Reibel, Berlin 43, Eichenbühlstr. 4.  
Tausende Anerkennungen.

# ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahme-  
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis  
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,  
bis 3 Uhr angenommen.

**Wahlertes** separates Vorder-  
zimmer, 12 Karz. Carmen Spä-  
straße 163, Richter. 125

**Wahlertes**, 2 Herren, billig zu  
vermieten Liebigsstraße 10 III, Blüme  
Bitterhof. 149

**Schlafstellen.**  
Freundliche Schlafstelle vermietet  
Frau Jäger, Wendenstraße 2 III  
(Börsenbahnhof). 1449R

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**  
Mittlerer Schuhmacher bittet um  
Arbeit. Stühle werden abgeholt und  
zurückgestellt. H. Wäger, Wul-  
straße 27. 1468R

**Stellenangebote.**  
Kräftiger Arbeitsbusche gesucht  
Berggasse 2, Bismarck, Köpenicker-  
straße 111. 1441R

**Solider Hausdiener** aus der  
Papierbranche zur Lager-Papier-Ver-  
waltung gesucht. Hugo Senig, Alie  
Koblenstraße 81/82, Steindrucker.

**Tüchtige Barock-Vergolder** ver-  
langt Beckmeier, Brunnenstraße 194.

**Lehrmädchen** (Schneiderin) ver-  
langt Wulf, Köpenickerstraße 9.

**Näherin** für weiche Hand, ge-  
dauerte Beschäftigung, gute Löhne.  
Burgel, Brückenstraße 13. 1484R\*

**Zeitungsfrauen** finden lohnende  
und dauernde Beschäftigung Pöng-  
straße 41. 117/15\*

**Geht**  
**tüchtiger Federtechniker,**  
geübt auf farbige Möbelleder.  
Offerten unter F. 3 an die Ex-  
pedition D. H. erbeten. 1438R\*

**Putz.**  
Gewandte Garnierinnen für unser  
Bücherei sofort gesucht. Meldungen  
7-9 Uhr abends.  
A. Jandorf & Co.,  
Brunnenstr. 19/21.

**Garnierte Kleider** - Schneiderinnen  
gesucht. Probe-  
arbeit. Henri Foyer & Co.,  
Charlottenstr. 29, Ecke Kronenstraße.

**Backfischkleider** - Schneiderinnen  
gesucht. Probe-  
arbeit. Henri Foyer & Co.,  
Charlottenstr. 29, Ecke Kronenstraße.

**Bessere Blusen** - Schneiderinnen  
gesucht. Probe-  
arbeit. Henri Foyer & Co.,  
Charlottenstr. 29, Ecke Kronenstraße.

**Achtung, Wagenfabriken!**  
In den Wagenfabriken von  
Rühlstein, Charlottenburg,  
L. Rühl und Lauscher, Uebel 6,  
Klein, Neue Köpenicker-  
straße, W. Rühl, W. Rühl,  
Frankfurt, Köpenicker-  
straße, Motorwagenfabrik in  
Reinickendorf,  
befinden sich die sämtlichen Arbeiter  
im Streik.  
Wir ersuchen die Kollegen aller  
Branchen nach den obigen Na-  
men keine Arbeit anzu-  
nehmen. 176/9  
Die Agitationskommission.









**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
Jeden Sonntag 4 Uhr:  
**Garten-Konzert**  
**Theater, Spezialitäten**  
Im Saale Extratanz, Or. Langmuß.  
Bei ungünstigem Wetter Vorstellung  
im Saal.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2 Min. v. Uh. Börse.  
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Nur noch kurze Zeit!  
Das glänzende April-Programm.

Nur  
**12 erstkl. Nummern!**  
Dazu:

**Eine Berliner Grisette.**  
Voffe v. Stoj. Rufft d. D. Antonhub.  
Familienarten in Barbier-, Pfeiler-  
und Zigarettengeschäften unentgeltlich.  
Schluß der Saison: 30. April.  
**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr: **Loulou.**

**Reichshallen.**  
**Stettiner Sänger.**  
Zum Schluß:  
**Einquartierung.**  
Mit Hum. von Keschel.  
Anfang  
Dienstag  
8 Uhr,  
Sonntag  
7 Uhr.

**Sanssouci.** Kottbusser  
Str. 4a.  
Dir. Wilhelm Reimer.  
Sonnt., Mont., Donnerst.:  
**Hofmanns**  
**Norddeutsche Sänger**  
und Tanzkränzchen.  
Hochinteressantes, stets  
neues Programm.  
Theaterstücke, Ensemble-  
szenen usw.

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich  
in den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-  
Theater  
Frankfurter  
Allee 85.  
Das vorzügliche April-Programm!  
Neu!  
Die weibliche musikalische  
Rückkompagnie.  
Voffe mit Gesang und Tanz.

**Neu eröffnet!**  
Welt-Ausstellungs-  
Biograph (St. Louis)  
Theater lebender  
Photographien mit  
abwechselnd. Abnormitäten-Prgr.  
Neu! Die Hungerleider. Neu!  
Soziales Bild aus dem Leben.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

**Otto Pritzkow,**  
Münzstraße 16.  
Wohin wandern wir? Zur Wachtel-  
burg  
bei Hennickeendorf zwischen Strauß-  
berg und Müderdors. 20 Minuten  
vom Bahnhof Straußberg. Neu er-  
öffnet. Höchstes u. romantisch ge-  
legenes Restaurant, meilenweite  
Fernsicht, Vereinen u. Touristen  
besonders empfohlen, dabei! Sommer-  
wohnungen möbliert u. leer zu ver-  
mieten.  
**G. Goldgräbe.**

**Rohtabak**  
Geschäfts-Eröffnung  
am 24. April.  
Berlin N.,  
Bermann Heineke, Blumenstr. 104.  
Größte Auswahl in sämtlichen  
Tabaken. — Billigste Preise.  
**Charlottenburg.**  
Anfertigung feiner  
**Herren-Garderoben** n. Maß  
Gr Stofflager in engl. u. deutsch.  
Stoffen nur erstklass. Fabrikate.  
Garantie guter Sitz. Solide Preise.  
**Karl Ehring,**  
Schneidermeister, 752L\*  
**Lehnitzstr. 75, parterre,**  
nahe der Kantstraße.

**H. Greifenhagen Nachf.**  
Brunnen-Str. 17-18.  
**Freitag, Sonnabend,**  
den 27. April den 28. April  
**Doppelte**  
**Rabatt-Marken**  
— 10 %  
in allen Abteilungen  
auch auf Lebensmittel.  
\*) Mit Ausnahme einiger weniger Artikel.

**50 000 Seidel**  
a 15 bis 18 Pf.  
**10 000 Weißbier-Pokale**  
a 17 und 27 Pf.  
— bei größeren Bezügen. —  
**L. Katz & Co.**  
Spandauerstr. 45  
und  
Rixdorf, Bergstraße 7.

**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW. 68  
Lindenstraße 69, Laden.

Wir empfehlen als Literatur zur  
**Maifeier:**  
Illustrierte  
**Maifest-Zeitung 1906.**  
Zeitbeiträge von Pannekoek, Gen-  
ricke Roland, Polke, J. Stern,  
G. Ledebour und G. Klaar.  
Preis 10 Pf.

**Der Arbeiterschutz.**  
Eine gesundheitsliche Forderung von  
Dr. W. Epstein. Preis 20 Pf.  
Eine Darstellung von der Not-  
wendigkeit des persönlichen und des  
öffentlichen Gesundheitsschutzes der  
arbeitenden Klasse.

**Der Achtstundentag.**  
Eine gesundheitsliche Forderung von  
Dr. J. Jabel. Preis 20 Pf.  
Der Verfasser begründet die For-  
derung der Arbeiterklasse auf Ein-  
führung des Achtstundentages vom  
gesundheitslichen Standpunkt aus.  
Die praktischen Erfolge des Acht-  
stundentages von H. Thurom.  
Preis 20 Pf.

**Der Achtstundentag** von H. Seidel  
Preis 10 Pf.  
**Der Achtstundentag** von J. Rae.  
Preis 5 Pf.

**Protokoll des internationalen**  
Kongresses zu Paris 1889  
Preis 25 Pf.

**Protokoll des Parteitag** zu  
Bremen 1904. Preis 70 Pf.  
**Protokoll des Parteitag** zu  
Jena 1905. Preis 70 Pf.

Für Vorträge erstien und beiteren  
Inhalts: 234/1\*

**Leuchtkugeln.** Preis 50 Pf.  
Erste und bessere Vortragsgedächte  
für Arbeiterfeste. Mit einer Einleitung:  
„Die Kunst des Vortrags“  
und die Gedächtnisammlung:  
**fackeln der Zeit**  
von Ludwig Lessen. Preis 50 Pf.

**Illustrierte Postkarten**  
zur Maifeier  
in feinsten Ausführung.

**Achtung!**  
Um ersten Mal bleibt mein Geschäft  
wie bisher geschlossen. 14435\*  
**Arbeiter-Anzüge.**  
Wolf Pahr, Brunnenstr. 116.

**Todes-Anzeige.**  
Am Montag, den 23. April  
verstarb nach kurzem Leiden unser  
guter Sohn und Bruder, der  
Schraubendreher  
**Ernst Diener**  
im 27. Lebensjahre an der  
Proletariatskrankheit.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 27. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle der Charitee aus, statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Johann Diener.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Tischler, Kollege  
**Otto Schroll**  
am 24. April verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 27. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Thomas-Kirch-  
hofes, Rixdorf, Hermannstraße,  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
64/16 Die Ortsverwaltung.

**Verband d. baugewerblichen**  
**Hülfsarbeiter Deutschlands.**  
Bezirk Adlershof.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Adolf Rohr**  
am 24. d. Mts. verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 28. d. Mts., nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Trauer-  
halle, Adlershof, Hoffmannstr. 15,  
aus statt. 34/7  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Zweigvereins-Vorstand.

Allen Freunden und Genossen  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau und unsere gute Mutter  
am Dienstag nach langen schweren  
Leiden verstorben ist.  
Um stilles Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Albert Sewakow nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 27. d. M., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Halle  
des Regerich-Kirchhofes in  
Hennickeendorf, Berlinstraße, aus  
statt. 9902

**Daufigung.**  
Für die Beweise liebevoller Teil-  
nahme beim Hinscheiden meiner lieben  
Frau, unserer guten Mutter, der Frau  
**Pauline Gerlich**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten unseren herzlichsten  
Dank. 14456  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Deutschlands Spezialgeschäft**  
für **Bettfedern**  
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebe  
**Gustav Lustig**  
BERLIN S. Prinzenstr. 43  
verleiht geg. Nachnahme garantiert  
neu und gut erhaltene, gut füllende  
Bettfedern v. 1/2 bis 6.50-1.00-1.50;  
prima Halbdaunen 1.75; Gänse-  
ruffedern 2.00; prima weiße  
Gänsehalbdaunen 2.50-3.00-3.50  
sch. dinst. Wollschafdaunen 2.50  
2.25, sch. wulstl. Wollschaf-  
daunen 2.50-3.00-3.50  
Von den Damen gewaschen 2-4 Pf.  
zum groß. Versandt. — Gänsefedern  
(s. Rechts) 1/2 bis 1 Pf. 1/2; Gänse-  
schafschafedern, wie sie von der Welt  
kommen, mit allen Tausen 1.50.  
Proben und Preisliste gratis. Um-  
tausch ober Rückführung gestattet.  
Bewahrung follefrei.  
Reichhaltiger Katalog über 2000  
Jahre Bettfedern, von feinem  
zweiten Bettens u. Bett-  
federngeschäft erreicht.

**Unheimlich hoch**  
sind noch immer die Fleischpreise! Darum,  
wer sich eine kräftige, schmackhafte Fleisch-  
brühuppe billig beschaffen will, der  
nehme: **Knorr's Suppentafeln** und  
**Erbswurst**, die nur mit Wasser wenige  
Minuten gekocht zu werden brauchen.  
Sie bieten den besten Ersatz! Doch ist  
besonders darauf zu achten, daß immer  
**Knorr's Suppentafeln** und **Erbs-  
wurst** verlangt werden!

Neu eröffnet! **Schönholz.** Neu eröffnet!  
**Kastanienwäldchen.** Konzert-Saal und  
Garten.  
2 Minuten von der Bahnstation Schönholz. — 3 Minuten von der  
Endstation der elektrischen Straßenbahn. 9912  
In den bevorstehenden Sommerfesten empf. ich den geehr. Vereinen  
u. Gesellschaften meinen vollständig neu renovierten Parkettsaal mit  
Theaterbühne 340 qm groß sowie großen schattigen Garten,  
1500 Personen fassend, sowie 2 verdeckte Regalbahnen zur gefälligen  
Benutzung. — Jeden Sonntag: **Großer Ball** bei stark beleucht.  
Orchester. — Große Kaffeetische.  
**H. Ramlow.**

**Hammel-Zentrale**  
  
**Hammelfleisch-Verkauf nach Pariser Art**  
**Dresdenerstraße 17**  
vis-a-vis Tamaschke. 539L\*

**Kios-Zigaretten. Kleine Kios 2.**  
Spezialmarke:  
pro Stück 2 Pf.  
Hauptniederlage der Zigarettenfabrik „Kios“, Dresden.  
**H. & P. Uder,** Tabakgroßhandlung u. Tabakfabrik,  
Engel-Ufer No. 5.  
Amt 4, 3014.

**Blitz=Schnell**  
kommt man mit der Hochbahn bei **Weingarten**, Gitschinerstr. 72,  
Station im Hause. Empfehl.:  
**1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,**  
**1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,**  
auch für torpulenten Herren passend.  
Dieselben sind von feinen Royalen und Reizen, die nur einen  
Monat Ihre Garderobe tragen. 5352\*  
Fahrgehalt wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten.

Machen Sie einen Versuch mit **Dänischem**  
**Kapitän-Kautabak**  
gesetzlich geschützt!  
und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe am besten  
schmeckt.  
**(5 u. 10 Pf.-Rollen u. Schloifen.)**  
Nur echt mit Zettelleinlage.  
**Carl Röcker, BERLIN, Grüner Weg 112.**  
× × Amt VII, 3661. × × 790L\*

**Monats-Garderoben-Haus**  
**6 Prinzenstraße 6**  
Die schönsten  
**Herren-Sommer-Paletots und -Anzüge**  
in getragener, speziell Monats-Garderobe.  
Von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede  
Figur passend, speziell Bauchanzüge, sind in großer  
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben  
im Laden **Paul Lowieki, Prinzenstr. 6.**  
663L\*  
Hochbahnstation: Prinzenstraße.

**H. Zimmermann**  
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206  
**Gold- und Silberwaren-Fabrik,**  
**Uhren-Großhandlung.** 277L\*  
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.  
Strong reell. — Billigste Preise.

  
Täglich von 4-8 Uhr nachm.  
findet Probewaschen mit den welt-  
berühmten patentierten Wasch-  
maschinen, Bringmaschinen und  
Waschpulver „Rührperle“ von dem  
größten Spezial-Fabrik-Geschäft  
der Welt **Karl Kampmann jr.,**  
G. m. b. H., Wilhelm-Ruhr-  
str. 11. — **Heinrich Lohbeck,** Berlin  
N., Invalidenstr. Nr. 142, Hof-  
Quergebäude.  
NIEDERDART

Nur Qualität!  
**Spree-Blume-**  
Zigaretten  
H. Preuß, Zigarettenfabrik „Spree-Blume“  
Berlin N. 28, Svinowindstr. 66 I.  
Telephon: Amt III, 6549.  
Jeder veredelte Raucher  
raucht  
Nur Qualität!

**Herrentragen, rein Sein. 4f.**  
beste Qualität. Dk. M. 3 u. 3.50.  
**Manchetten, prima. 4fach**  
1/2, Dk. M. 2.00 und 2.50.  
**Servietten, größte Auswahl**  
Stück von 35 Pf. an.  
**Krawatten, Handtücher,**  
**Sofenträger, Taschentücher,**  
**Genden, Strümpfe u.**  
Detailverkauf zu Engros-Preisen.  
**Ernst Marcuse**  
23. Münzstraße 23.

**Möbel-Halle**  
**Harry Goldschmidt**  
Moritzplatz 59.

Nicht zu vergleichen  
mit Abzahlungs-Geschäften  
welche auch Konfektion  
führen. 85L\*  
**Extra-Abteilung**  
verliehen gewesener  
**Möbel**  
wöchentliche oder monatliche  
**Teilzahlung gestattet!**  
Kein Abzahlungs-Waren-  
haus, sondern nur  
Spezial-Möbelgeschäft.

**Pinol**  
An allen Orten werden Verkaufsstellen  
errichtet.  
Vertreter gesucht.  
**Gebrüder Krayer, Mannheim.**  
**Verein Freier Kindergärten.**  
Eröffnung des ersten Kindergartens  
am 2. Mai in Charlottenburg,  
Berlinerstr. 66a (bei Bauhof).  
Anmeldungen bis zum 1. Mai bei  
Frau **Toni Sulmann,** Berliner-  
straße 102, oder vom 2. Mai an im  
Kindergarten. 14506\*



